

## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50  
[regierungsrat@ag.ch](mailto:regierungsrat@ag.ch)  
[www.ag.ch/regierungsrat](http://www.ag.ch/regierungsrat)

### Per E-Mail

Staatssekretariat für internationale  
Finanzfragen

[loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)

11. Juni 2025

**Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. März 2025 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zur Vernehmlassung "Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1" Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für die Möglichkeit einer Stellungnahme und stimmt der Vorlage aus den folgenden Gründen zu:

Der Wechsel des FATCA-Modells zum Modell 1 liegt im Interesse des Schweizer Finanzplatzes, da es den automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden ermöglicht und die innerstaatliche Umsetzung damit analog erfolgt, wie dies auch der Regelung über den automatischen Informationsaustausch der Schweiz mit anderen Staaten entspricht: Künftig melden die schweizerischen Finanzinstitute die Informationen an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), welche die Informationen dann an die zuständige US-Behörde (Internal Revenue Service, IRS) weiterleitet. Dies bringt administrative Vereinfachungen für die betroffenen Personen und Behörden. Zudem ergibt sich eine höhere Rechtssicherheit, weil die ESTV zur zuständigen Behörde für die schweizerischen Finanzinstitute wird. Auch hat das FATCA-Abkommen nach Modell 1 den Vorteil, dass die Gruppenersuchen wegfallen.

Für den Wechsel zum Modell 1 des FATCA-Abkommens werden gemäss erläuterndem Bericht nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf kantonaler Ebene sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen benötigt, insbesondere im IT-Bereich. Die Kantone werden insbesondere verpflichtet, der ESTV innerhalb von zwei Monaten nach Ende jedes Kalenderjahrs die AHV-Nummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen und die Unternehmens-Identifikationsnummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen Rechtsträger zu melden (Art. 10 Entwurf der Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten nach Modell 1 [FACTA-Verordnung M1]). Die ESTV ordnet die vom IRS automatisch

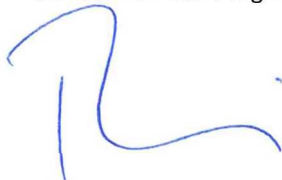
übermittelten Informationen aufgrund dieser Meldungen sowie nötigenfalls aufgrund weiterer nach dem FATCA-Abkommen zur Identifikation erforderlicher Angaben den Kantonen zu. Ähnliche Bestimmungen enthalten heute bereits Art. 32 der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIAV) sowie die Verordnung über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (ALBAV). Welche zusätzlichen Ressourcen auf kantonaler Ebene benötigt werden, ist zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar, da die Anzahl der eingehenden Meldungen und der Aufwand für deren Verarbeitung nicht bekannt sind. Auch wird das Personal, das FATCA-Daten verarbeitet, entsprechend ausgebildet werden müssen.

Von Vorteil ist schliesslich, dass die Einführung des Modells 1 von FATCA den Erhalt von Informationen über allenfalls nicht deklarierte Finanzkonten in den USA ermöglicht. Daraus können sich für die Kantone und Gemeinden zusätzliche Steuereinnahmen ergeben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dieter Egli  
Landammann



Joana Filippi  
Staatsschreiberin



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössisches Finanzdepartement  
3003 Bern

**Dr. iur. Roger Nobs**  
Ratschreiber  
Tel. +41 71 353 63 51  
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 12. Juni 2025

**Eidg. Vernehmlassung; Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 7. März 2025 das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt, zur eingangs erwähnten Vorlage ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis 14. Juni 2025.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit dem Wechsel zum FATCA-Modell 1 erfolgt die innerstaatliche Umsetzung mit den USA analog dem automatischen Informationsaustausch der Schweiz mit anderen Staaten. Künftig melden die schweizerischen Finanzinstitute die Informationen an die Eidgenössische Steuerverwaltung, welche die Informationen an die zuständige US-Behörde (Internal Revenue Service, IRS) weiterleitet. Damit verbunden sind administrative Vereinfachungen für die betroffenen Personen und Behörden und eine höhere Rechtssicherheit. Der Regierungsrat begrüsst die Vorlage.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber





KANTON  
APPENZEL INNERRHODEN

## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 11  
info@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an  
loic.stranieri@sif.admin.ch

Appenzell, 5. Juni 2025

**Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1  
Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. März 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und ist mit der Vorlage einverstanden. Der Wechsel des FATCA-Modells zum Modell 1 liegt im Interesse des Schweizer Finanzplatzes, da es den automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden ermöglicht und die innerstaatliche Umsetzung damit analog erfolgt, wie dies auch der Regelung über den automatischen Informationsaustausch der Schweiz mit anderen Staaten entspricht.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

**Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:

  
Roman Dopler

Zur Kenntnis an:

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Finanzdepartement  
Frau Karin Keller-Sutter  
Vorsteherin EFD  
Bernerhof  
3003 Bern

Per Mail an: loic.stranieri@sif.admin.ch

Liestal, 20. Mai 2025

**Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 7. März 2025, mit dem Sie uns eingeladen haben, zum Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und zum Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 Stellung zu nehmen. Ziel ist dabei, ab 2027 einen bilateralen Informationsaustausch zwischen der Schweiz und den USA zu etablieren, wie er bereits mit anderen Staaten besteht.

Wir bedanken uns an dieser Stelle für die Gelegenheit zur Stellungnahme und stimmen der Vorlage aus den nachfolgend aufgeführten Gründen insgesamt zu:

Der Foreign Account Tax Compliance Act vom 18. März 2010 («FATCA») ermöglicht es den USA, Informationen über Konten im Ausland zu erhalten, die direkt oder indirekt von Personen gehalten werden, die in den USA der unbeschränkten Steuerpflicht unterliegen. Die USA stellen für die Umsetzung von FATCA zwei Modelle (Modell 1 und 2) für bilaterale Abkommen zur Verfügung.

**Das bestehende Modell:** Das Modell 2 sieht einen *einseitigen* Informationsaustausch durch Finanzinstitute direkt an die zuständigen US-Behörden auf der Grundlage einer Zustimmungserklärung der Kontoinhaberinnen und Kontoinhaber vor. Liegt keine Zustimmungserklärung vor, wird dieses Meldesystem durch einen Informationsaustausch auf Ersuchen (Gruppenersuchen) ergänzt. Das FATCA-Abkommen nach Modell 2 ist für die Schweiz seit dem 30. Juni 2014 in Kraft.

Mit der Verabschiedung des globalen Standards für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) der OECD gab es keine Gründe mehr, einen einseitigen Austausch mit

den USA aufrechtzuerhalten. Der Bundesrat hatte deshalb das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) am 8. Oktober 2014 damit beauftragt, den Wechsel zum FATCA-Modell 1 auszuhandeln.

**Das neue Modell:** Das Modell 1 sieht einen automatischen und *gegenseitigen* Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden vor. Nach mehrjährigen Verhandlungen haben die Schweiz und die USA am 27. Juni 2024 das FATCA-Abkommen nach dem Modell 1 unterzeichnet. Mit der vorliegenden Vernehmlassung beantragt der Bundesrat die Ratifizierung des FATCA-Abkommens Modell 1 sowie die Annahme der innerstaatlichen Umsetzung (Bundesgesetz und Verordnung).

Ein Wechsel des bestehenden FATCA-Abkommens zum Modell 1 liegt ganz im Interesse des Schweizer Finanzplatzes, weil es einerseits den automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden ermöglicht. Andererseits soll damit die innerstaatliche Umsetzung analog erfolgen, wie dies auch der Regelung über den automatischen Informationsaustausch der Schweiz mit anderen Staaten entspricht. Dies bedeutet konkret: Künftig melden die schweizerischen Finanzinstitute die Informationen an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), welche die Informationen sodann an die zuständige US-Behörde (Internal Revenue Service; IRS) weiterleitet. Das bringt administrative Vereinfachungen für die betroffenen Personen und Behörden mit sich. Zudem ergibt sich dadurch eine bessere Rechtssicherheit, weil die ESTV zur zuständigen Behörde für die schweizerischen Finanzinstitute wird. Auch hat das FATCA-Abkommen nach Modell 1 den Vorteil, dass die Gruppenersuchen wegfallen.

Für den Wechsel zum Modell 1 des FATCA-Abkommens werden gemäss dem erläuternden Bericht nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf kantonaler Ebene sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen benötigt, insbesondere im IT-Bereich. Die Kantone werden insbesondere verpflichtet, der ESTV innerhalb von zwei Monaten nach Ende jedes Kalenderjahres die AHV-Nummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen und die Unternehmens-Identifikationsnummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen Rechtsträger zu melden (Art. 10 des Entwurfs der Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens nach Modell 1). Die ESTV ordnet die vom IRS automatisch übermittelten Informationen aufgrund dieser Meldungen sowie nötigenfalls aufgrund weiterer nach dem FATCA-Abkommen zur Identifikation erforderlicher Angaben den Kantonen zu. Ähnliche Bestimmungen enthalten heute bereits Art. 32 der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIAV) sowie die Verordnung über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (ALBAV). Welche zusätzlichen Ressourcen auf kantonaler Ebene benötigt werden, ist jedoch noch nicht abschätzbar, weil die Anzahl der eingehenden Meldungen und der Aufwand für deren Verarbeitung derzeit noch nicht bekannt sind. Auf jeden Fall steht aber fest, dass auf kantonaler Ebene mehr zeitliche und personelle Ressourcen für die Verarbeitung dieser Meldungen benötigt werden. Auch wird das Personal, welches die FATCA-Daten verarbeitet, entsprechend ausgebildet werden müssen.

Von Vorteil ist schliesslich, dass die Einführung des Modells 1 von FATCA den Erhalt von Informationen über allenfalls nicht deklarierte Finanzkonten in den USA ermöglicht. Daraus können sich für die Kantone und Gemeinden zusätzliche Steuereinnahmen ergeben.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft stimmt deshalb der Ratifizierung des Abkommens und den diesbezüglichen Bundesbeschlüssen (inkl. Verordnung) aus den vorgenannten Gründen vorbehaltlos zu.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber  
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich  
Landschreiberin





Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62  
E-Mail: [staatskanzlei@bs.ch](mailto:staatskanzlei@bs.ch)  
[www.regierungsrat.bs.ch](http://www.regierungsrat.bs.ch)

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

[vernehmlassungen@sif.admin.ch](mailto:vernehmlassungen@sif.admin.ch)

Basel, 27. Mai 2025

Präsidialnummer: P250332

### **Regierungsratsbeschluss vom 27. Mai 2025**

**Vernehmlassung betreffend Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. März 2025 hat uns Bundesrätin Karin Keller-Sutter eingeladen, betreffend Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 Stellung zu nehmen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und stimmen der Vorlage aus den folgenden Gründen zu:

Der Wechsel des FATCA-Modells zum Modell 1 liegt im Interesse des Schweizer Finanzplatzes, da es den automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden ermöglicht und die innerstaatliche Umsetzung damit analog erfolgt, wie dies auch der Regelung über den automatischen Informationsaustausch der Schweiz mit anderen Staaten entspricht: Künftig melden die schweizerischen Finanzinstitute die Informationen an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), welche die Informationen dann an die zuständige US-Behörde (Internal Revenue Service, IRS) weiterleitet. Dies bringt administrative Vereinfachungen für die betroffenen Personen und Behörden. Zudem ergibt sich eine höhere Rechtssicherheit, weil die ESTV zur zuständigen Behörde für die schweizerischen Finanzinstitute wird. Auch hat das FATCA-Abkommen nach Modell 1 den Vorteil, dass die Gruppenersuchen wegfallen.

Für den Wechsel zum Modell 1 des FATCA-Abkommens werden gemäss erläuterndem Bericht nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf kantonaler Ebene sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen benötigt, insbesondere im IT-Bereich. Die Kantone werden insbesondere



verpflichtet, der ESTV innerhalb von zwei Monaten nach Ende jedes Kalenderjahres die AHV-Nummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen und die Unternehmens-Identifikationsnummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen Rechtsträger zu melden (Art. 10 des Entwurfs der Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens nach Modell 1). Die ESTV ordnet die vom IRS automatisch übermittelten Informationen aufgrund dieser Meldungen sowie nötigenfalls aufgrund weiterer nach dem FATCA-Abkommen zur Identifikation erforderlicher Angaben den Kantonen zu. Ähnliche Bestimmungen enthalten heute bereits Art. 32 der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuer-sachen (AIAV) sowie die Verordnung über den internationalen automatischen Austausch län-derbezogener Berichte multinationaler Konzerne (ALBAV). Welche zusätzlichen Ressourcen auf kantonaler Ebene benötigt werden, ist schwer abschätzbar, da die Anzahl der eingehenden Mel-dungen und der Aufwand für deren Verarbeitung nicht bekannt sind. Auch wird das Personal, das FATCA-Daten verarbeitet, entsprechend ausgebildet werden müssen.

Von Vorteil ist schliesslich, dass die Einführung des Modells 1 von FATCA den Erhalt von Infor-mationen über allenfalls nicht deklarierte Finanzkonten in den USA ermöglicht. Daraus können sich für die Kantone und Gemeinden zusätzliche Steuereinnahmen ergeben.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anlie-gen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne Herr Marc Enz, Tel. 061 267 96 33, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer  
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin



Regierungsrat

Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
info.regierungsrat@be.ch  
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Per E-Mail als PDF- und Worddokument an:  
loic.stranieri@sif.admin.ch

RRB Nr.: 447/2025  
Direktion: Finanzdirektion  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

7. Mai 2025

**Vernehmlassung des Bundes: Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1 (FATCA-Abkommen M1), Entwurf für ein Bundesgesetz (FATCA-Gesetz M1) und eine Verordnung (FATCA-Verordnung M1) über die Umsetzung dieses Abkommens.  
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. März 2025 lädt das Eidgenössische Finanzdepartement die Kantone zur Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft ein. Der Regierungsrat des Kanton Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die Schweiz wechselt mit dieser Vorlage ihr FATCA-Modell, weg von einem einseitigen Informationsaustausch durch schweizerische Finanzinstitute an die zuständigen US-Behörden (Modell 2), hin zu einem gegenseitigen Informationsaustausch (Modell 1). Das entsprechende FATCA-Abkommen nach Modell 1 wurde am 27. Juni 2024 durch beide Länder unterzeichnet. Es soll nun mit einem Bundesbeschluss ratifiziert und mit einem FATCA-Gesetz sowie einer konkretisierenden FATCA-Verordnung umgesetzt werden.

Gleich wie beim automatischen Informationsaustausch (AIA) über Finanzkonten sowie demjenigen über Kryptowerte soll die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) Drehscheibe für den Informationsaustausch werden. Die Aufgaben der kantonalen Steuerverwaltungen werden wieder primär die Zuweisung von Informationen aus dem Ausland zu bestehenden Steuere dossiers und deren Verwertung in der Steuerveranlagung sein. Betroffene Finanzinstitute im Kanton Bern werden zudem zwingend Änderungen an den internen Prozessen vornehmen müssen.

Vor diesem Hintergrund ist der Regierungsrat mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden. Wie im erläuternden Bericht ausgeführt, gibt es keinen Grund, an den einseitigen Informationslieferungen ins Ausland festzuhalten. Für eine sinnvolle Umsetzung wird es zentral sein, dass die Übertragung der Meldungen an die Kantone soweit möglich nach denselben Standards wie beim AIA für Finanzkonten und dem AIA für Kryptowerte über die bisherige Schnittstelle (ePor-

tal) erfolgt. Konkret muss es für die kantonalen Steuerverwaltungen möglich sein, die Meldungen in ihren bestehenden Systemen zu verarbeiten. Ansonsten steht der Nutzen der Informationen aus Sicht des Regierungsrates in einem Missverhältnis zum Aufwand – nicht zuletzt auch, weil der Informationsaustausch offenbar nicht vollständig reziprok ausgestaltet ist. So liefern die Vereinigten Staaten beispielsweise keinen Saldo oder Wert der Finanzkonten, obwohl diese Information für die schweizerische Vermögenssteuer relevant wäre. Umgekehrt liefern die schweizerischen Finanzinstitutionen diese Information, obwohl die meisten Bundesstaaten keine Steuer auf dem Vermögen kennen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seines Anliegens.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**



Evi Allemann  
Regierungspräsidentin



Christoph Auer  
Staatsschreiber



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40  
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat  
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

## **PAR COURRIEL**

Département fédéral des finances DFF  
Madame Karin Keller-Sutter  
Conseillère fédérale  
Bernerhof  
3003 Berne

*Courriel* : [loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)

*Fribourg, le 3 juin 2025*

2025-661

### **Accord entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique visant à faciliter la mise en œuvre du FATCA selon le modèle 1, projet de loi fédérale sur la mise en œuvre de l'accord FATCA entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique selon le modèle 1 et ordonnance sur la mise en œuvre de l'accord FATCA entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique selon le modèle 1 : procédure de consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la consultation mentionnée sous rubrique et avons l'avantage de vous communiquer notre prise de position.

Nous approuvons le projet faisant l'objet de la présente consultation pour les raisons suivantes :

Le passage du modèle FATCA au modèle 1 est dans l'intérêt de la place financière suisse puisqu'il permet l'échange automatique et réciproque d'informations entre les autorités compétentes. La mise en œuvre au niveau national s'effectue ainsi de la même manière que ce que prévoit également la réglementation sur l'échange automatique de renseignements entre la Suisse et d'autres États.

A l'avenir, les établissements financiers suisses communiqueront les informations à l'Administration fédérale des contributions (AFC), qui aura la charge de les transmettre ensuite à l'autorité américaine compétente (Internal Revenue service, ci-après IRS). Il en résulte des simplifications administratives pour les personnes et les autorités concernées ainsi qu'une sécurité juridique accrue dans la mesure où l'AFC devient alors l'autorité compétente pour les établissements financiers suisses. L'accord FATCA selon le modèle 1 présente aussi l'avantage de supprimer les demandes groupées.

Selon le rapport explicatif de la présente consultation, le passage au modèle 1 de l'accord FATCA nécessitera non seulement des ressources financières et humaines au niveau fédéral, mais aussi au niveau cantonal, en particulier dans le domaine informatique. Les cantons sont notamment tenus de communiquer à l'AFC, dans les deux mois qui suivent la fin de chaque année civile, les numéros AVS des personnes physiques assujetties à l'impôt de manière illimitée dans le canton et les

numéros d'identification des entreprises des entités assujetties à l'impôt de manière illimitée dans le canton (art. 10 du projet d'ordonnance sur la mise en œuvre de l'accord FATCA selon le modèle 1). L'AFC attribue aux cantons les renseignements transmis automatiquement par l'IRS sur la base de ces communications et, au besoin, sur la base d'autres informations nécessaires à l'identification en vertu de l'accord FATCA. L'article 32 de l'ordonnance sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (OEAR) et l'ordonnance sur l'échange international automatique des déclarations pays par pays des groupes d'entreprises multinationales (OEDPP) contiennent déjà des dispositions similaires. Il est toutefois difficile d'estimer quelles ressources supplémentaires seront nécessaires au niveau cantonal car le nombre de communications reçues et la charge de travail liée à leur traitement ne sont pas connus. Le personnel traitant les données FATCA devra également être formé en conséquence.

Enfin, l'introduction du modèle 1 du FATCA permet d'obtenir des informations sur d'éventuels comptes financiers non déclarés aux Etats-Unis. Il peut en résulter des recettes fiscales supplémentaires pour les cantons et les communes.

En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de prendre position au sujet de l'objet susmentionné, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

**Au nom du Conseil d'Etat :**

Jean-François Steiert, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

*L'original de ce document est établi en version électronique*

**Copie**

à la Direction des finances, pour elle et le Service cantonal des contributions ;  
à la Chancellerie d'Etat.





**Le Conseil d'Etat**

2182-2025

Département fédéral des finances (DFF)  
Madame Karin Keller-Sutter  
Présidente de la Confédération  
Secrétariat général DFF  
Bundesgasse 3  
3003 Berne

**Concerne : consultation relative à l'accord entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique visant à faciliter la mise en œuvre du FATCA selon le modèle 1 (accord FATCA M1)**

Madame la Présidente,

Nous nous référons à votre courrier du 7 mars 2025 par lequel vous nous avez invités à prendre position sur l'accord entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique visant à faciliter la mise en œuvre du FATCA selon le modèle 1 (accord FATCA M1), et le projet de loi fédérale (loi FATCA M1) et d'ordonnance (O FATCA M1) sur l'application de cet accord.

Nous vous remercions d'avoir sollicité l'avis de notre Conseil et vous informons que nous soutenons l'accord, ainsi que le projet de loi et d'ordonnance associés, dont la teneur n'appelle pas d'observations particulières de notre part. Nous estimons en effet que cet accord permettra de renforcer la sécurité juridique pour les établissements financiers et la réputation de la place financière suisse, tout en préservant la compétitivité des acteurs du secteur.

En vous réitérant nos remerciements pour votre consultation, nous vous prions de croire, Madame la Présidente, à l'assurance de notre haute considération.

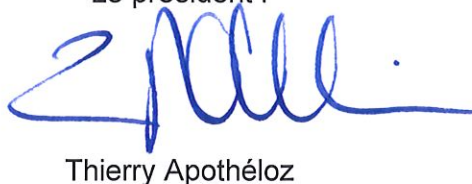
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti-El Zayadi

Le président :



Thierry Apothéloz

**Regierungsrat**  
Rathaus  
8750 Glarus

Eidgenössisches Finanzdepartement  
3003 Bern

Glarus, 27. Mai 2025  
Unsere Ref: 2025-409 / SKGEKO.4862

**Vernehmlassung i. S. Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigte**

Hochgeachtete Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Wechsel des FATCA-Modells zum Modell 1 liegt im Interesse des Schweizer Finanzplatzes, da es den automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden ermöglicht und die innerstaatliche Umsetzung damit analog erfolgt, wie dies auch der Regelung über den automatischen Informationsaustausch der Schweiz mit anderen Staaten entspricht: Künftig melden die schweizerischen Finanzinstitute die Informationen an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), welche die Informationen dann an die zuständige US-Behörde (Internal Revenue Service, IRS) weiterleitet. Dies bringt administrative Vereinfachungen für die betroffenen Personen und Behörden. Zudem ergibt sich eine höhere Rechtssicherheit, weil die ESTV zur zuständigen Behörde für die schweizerischen Finanzinstitute wird. Auch hat das FATCA-Abkommen nach Modell 1 den Vorteil, dass die Gruppenersuchen wegfallen.

Für den Wechsel zum Modell 1 des FATCA-Abkommens werden gemäss erläuterndem Bericht nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf kantonaler Ebene sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen benötigt, insbesondere im IT-Bereich. Die Kantone werden insbesondere verpflichtet, der ESTV innerhalb von zwei Monaten nach Ende jedes Kalenderjahres die AHV-Nummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen und die Unternehmens-Identifikationsnummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen Rechtsträger zu melden (Art. 10 des Entwurfs der Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens nach Modell 1). Die ESTV ordnet die vom IRS automatisch übermittelten Informationen aufgrund dieser Meldungen sowie nötigenfalls aufgrund weiterer nach dem FATCA-Abkommen zur Identifikation erforderlicher Angaben den Kantonen zu. Ähnliche Bestimmungen enthalten heute bereits Artikel 32 der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIAV) sowie die Verordnung über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (ALBAV). Welche zusätzlichen Ressourcen auf kantonaler Ebene benötigt werden, ist schwer abschätzbar, da die Anzahl der eingehenden Meldungen und der Aufwand für deren

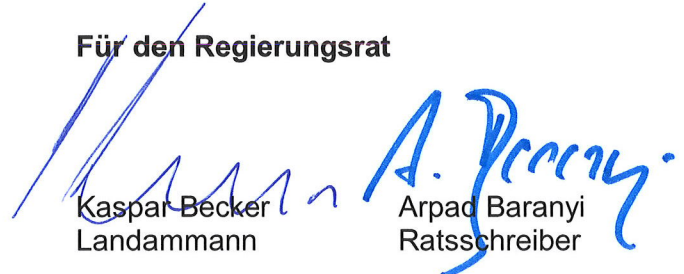
Verarbeitung nicht bekannt ist. Auch wird das Personal, das FATCA-Daten verarbeitet, entsprechend ausgebildet werden müssen.

Von Vorteil ist schliesslich, dass die Einführung des Modells 1 von FATCA den Erhalt von Informationen über allenfalls nicht deklarierte Finanzkonten in den USA ermöglicht. Daraus können sich für die Kantone und Gemeinden zusätzliche Steuereinnahmen ergeben.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

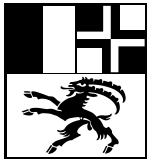
**Für den Regierungsrat**

The image shows two handwritten signatures in blue ink. The signature on the left is for Kaspar Becker Landammann, and the signature on the right is for Arpad Baranyi Ratsschreiber. Both signatures are written in a cursive style.

Kaspar Becker  
Landammann

Arpad Baranyi  
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): [loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)



Sitzung vom

3. Juni 2025

Mitgeteilt den

5. Juni 2025

Protokoll Nr.

415/2025

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Per Mail (PDF und Word) an: loic.stranieri@sif.admin.ch

**Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika  
für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1 und damit zusam-  
menhängende Rechtsgrundlagen**

**Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,  
Sehr geehrter Herr Stranieri,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Regierung des Kantons Graubünden begrüsst die Ratifizierung des Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Erleichterung der Umsetzung des FATCA-Abkommens nach Modell 1 und stimmt den damit zusammenhängenden Rechtsgrundlagen zu.

Die Regierung begrüsst insbesondere den Wechsel vom einseitigen Informationsaustausch nach FATCA Modell 2 zum gegenseitigen Informationsaustausch nach FATCA Modell 1. Mit dem Wechsel zum FATCA Modell 1 werden die schweizerischen Steuerbehörden Informationen zu allenfalls nicht deklarierten US-Finanzkonti erhalten, die direkt oder indirekt von unbeschränkt Steuerpflichtigen in der Schweiz

gehalten werden. Der Wechsel zum FATCA Modell 1 hat den Vorteil, dass Gruppenersuchen seitens der US-Steuerbehörde (Internal Revenue Service, IRS) wegfallen werden.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Caduff".

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "D. Spadin".

Daniel Spadin

Kopie: Steuerverwaltung des Kantons Graubünden



Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement  
2, rue de l'Hôpital  
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11  
f +41 32 420 72 01  
chancellerie@jura.ch

**Par courriel en version PDF et Word**

Département fédéral des finances  
Madame la Conseillère fédérale  
Karine Keller-Sutter  
Bundesgasse 3  
3003 Bern  
[loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)

Delémont, le 27 mai 2025

**Accord entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique visant à faciliter la mise en œuvre du FATCA selon le modèle 1, projet de loi fédérale sur la mise en œuvre de l'accord FATCA entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique selon le modèle 1 et ordonnance sur la mise en œuvre de l'accord FATCA entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique selon le modèle 1 : ouverture de la procédure de consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement jurassien a été invité par votre Département à se prononcer au sujet de la consultation mentionnée en objet et il vous en remercie.

Le passage du modèle FATCA au modèle 1 est dans l'intérêt de la place financière suisse, puisqu'il permet l'échange automatique et réciproque d'informations entre les autorités compétentes. Sa mise en œuvre au niveau national sera identique à celle connue pour l'échange automatique de renseignements entre la Suisse et les autres Etats. Le Gouvernement salue cette simplification administrative pour les personnes et les autorités concernées.

Il ne peut, néanmoins, pas ignorer que le passage au modèle 1 de l'accord FATCA nécessitera des ressources financières et humaines supplémentaires également au sein des cantons. Celles-ci sont, toutefois, difficiles à estimer à ce stade. Le personnel traitant les données FATCA devra, en tous les cas, être formé en conséquence. Le Gouvernement jurassien salue le fait que le rapport explicatif prenne ces éléments en considération.

Enfin, l'introduction du modèle 1 du FATCA permettra d'obtenir des informations sur d'éventuels comptes financiers non déclarés aux Etats-Unis qui pourraient apporter des recettes supplémentaires pour les cantons et les communes. Le Gouvernement jurassien y restera attentif.

Au vu de l'ensemble de ce qui précède, le Gouvernement approuve la mise en œuvre du FATCA selon le modèle 1 et ses dispositions de mise en œuvre nationales (loi fédérale et ordonnance).

Le Gouvernement jurassien vous remercie de lui avoir donné la possibilité de prendre position à ce sujet et vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

  
Martial Courtet  
Président



  
Jean-Baptiste Maître  
Chancelier d'État

**Finanzdepartement**

Bahnhofstrasse 19  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 55 47  
info.fd@lu.ch  
www.lu.ch

## Öffnungszeiten:

Montag - Freitag  
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössisches Finanzdepartement  
per E-Mail (Word- und PDF-Datei):  
loic.stranieri@sif.admin.ch

Luzern, 10. Juni 2025

Protokoll-Nr.: 682

**Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. März 2025 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern der Vorlage zustimmt und sich der Stellungnahme der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) vom 22. April 2025 anschliesst (vgl. Beilage).

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Reto Wyss  
Regierungpräsident

Beilage:

- Stellungnahme der SSK vom 22. April 2025



## LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courrier électronique

Département fédéral des finances  
Palais fédéral  
3003 Berne

**Accord entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique visant à faciliter la mise en œuvre du FATCA selon le modèle 1, projet de loi fédérale sur la mise en œuvre de l'accord FATCA entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique selon le modèle 1 et ordonnance sur la mise en œuvre de l'accord FATCA entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique selon le modèle 1**

Madame la conseillère fédérale,

Votre correspondance du 7 mars 2025 relative à l'objet susmentionné nous est bien parvenue et a retenu toute notre attention.

Le *Foreign Account Tax Compliance Act* (FATCA) du 18 mars 2010 doit permettre aux États-Unis de recevoir des renseignements sur les comptes financiers détenus directement ou indirectement à l'étranger par des personnes pleinement soumises à l'impôt aux États-Unis. Cette loi est applicable depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2014.

Pour la mise en œuvre du FATCA, les États-Unis proposent deux modèles d'accords bilatéraux. La Suisse a initialement opté pour le modèle 2, en vigueur depuis le 30 juin 2014. Ce modèle repose sur un échange unilatéral d'informations, effectué par les établissements financiers directement auprès des autorités compétentes des États-Unis, sur la base d'une déclaration de consentement préalable des titulaires des comptes. Ce choix s'expliquait par l'absence, à l'époque, de norme internationale sur l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers.

L'adoption de cette norme mondiale en date du 18 décembre 2015, a conduit le Conseil fédéral à mandater le Département fédéral des finances (DFF) pour négocier une transition vers le modèle FATCA 1. Ce dernier prévoit un échange automatique et réciproque d'informations entre les autorités fiscales compétentes.

Après plusieurs années de négociations, la Suisse et les États-Unis ont signé, le 27 juin 2024, l'accord FATCA selon le modèle 1.

NE



Par conséquent et sur la base du rapport explicatif transmis, nous vous informons que le Conseil d'État approuve le projet pour les raisons ci-dessous.

Comme relevé dans le rapport, le passage au modèle 1 est dans l'intérêt de la place financière suisse, puisqu'il permet l'échange automatique et réciproque d'informations entre les autorités compétentes. La mise en œuvre en droit interne est analogue à l'EAR : les établissements financiers suisses communiqueront les informations à l'Administration fédérale des contributions (AFC) qui les transmettra ensuite à l'autorité américaine compétente (*Internal Revenue Service*, IRS). L'AFC devient ainsi l'autorité compétente pour les établissements financiers suisses. En outre, ce processus permet des simplifications administratives pour les personnes et les autorités concernées, avec comme conséquence une sécurité juridique accrue, ainsi qu'une suppression des demandes groupées.

Enfin sur le plan organisationnel, les cantons sont déjà familiers de ce mécanisme grâce à l'EAR. Cependant, il s'agira sans doute d'attribuer les ressources nécessaires (notamment en matière de formation et de perfectionnement) afin de pouvoir traiter efficacement les informations reçues par l'AFC. En effet, le modèle 1 pourrait générer des recettes fiscales supplémentaires pour les cantons et communes, en lien avec des comptes financiers non déclarés aux États-Unis.

En vous remerciant de l'attention portée au présent courrier, nous vous prions d'agréer, Madame la conseillère fédérale, l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 4 juin 2025



Au nom du Conseil d'État :

La présidente,  
C. GRAF

La chancelière,  
S. DESPLAND



KANTON  
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND  
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans  
Telefon 041 618 79 02, [www.nw.ch](http://www.nw.ch)

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

## **PER E-MAIL**

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Frau Bundesrätin Karin Keller-Suter  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02  
[staatskanzlei@nw.ch](mailto:staatskanzlei@nw.ch)  
Stans, 10. Juni 2025

### **Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1 (FATCA-Abkommen M1) sowie Entwurf für ein Bundesgesetz (FATCA-Gesetz M1) und eine Verordnung (FATCA-Verordnung M1) über die Umsetzung des FATCA-Abkommens M1. Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 7. März 2025, worin Sie die Kantone um eine Stellungnahme zum Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1 (FATCA-Abkommen M1) sowie zum Entwurf für ein Bundesgesetz (FATCA-Gesetz M1) und eine Verordnung (FATCA-Verordnung M1) über die Umsetzung des FATCA-Abkommens M1 ersuchen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit dazu und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

## **1 Ausgangslage**

Der Foreign Account Tax Compliance Act vom 18. März 2010 (FATCA) ermöglicht den Vereinigten Staaten von Amerika (USA), Informationen über Konten im Ausland zu erhalten, die direkt oder indirekt von Personen gehalten werden, die in den USA der unbeschränkten Steuerpflicht unterliegen. Die USA stellen für die Umsetzung von FATCA zwei Modelle für bilaterale Abkommen zur Verfügung. Das Modell 2 sieht einen einseitigen Informationsaustausch durch Finanzinstitute direkt an die zuständigen US-Behörden auf der Grundlage einer Zustimmungserklärung der Kontoinhaberinnen bzw. der Kontoinhaber vor. Liegt keine Zustimmungserklärung vor, wird das Meldesystem durch einen Informationsaustausch auf Ersuchen (Gruppenersuchen) ergänzt. Das FATCA-Abkommen nach Modell 2 ist für die Schweiz seit dem 30. Juni 2014 in Kraft. Mit der Verabschiedung des globalen Standards für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gab es allerdings keine Gründe mehr, einen einseitigen Austausch mit den USA aufrechtzuerhalten. Der Bundesrat hatte deshalb das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) am 8. Oktober 2014 damit beauftragt, den Wechsel zum FATCA-Modell 1 auszuhandeln. Dieses sieht einen automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden vor. Nach mehrjährigen Verhandlungen haben die Schweiz und die USA am 27. Juni 2024 das FATCA-Abkommen nach dem Modell 1 nunmehr unterzeichnet. Ziel ist es, ab dem Jahr 2027 einen bilateralen Informationsaustausch zwischen der Schweiz und den USA zu etablieren, wie er bereits mit anderen Staaten besteht.

Die Schweizerische Steuerkonferenz (SSK) hat dazu eine Mustervernehmlassung für die Kantone ausgearbeitet, welche zum FATCA-Abkommen, zum FATCA-Gesetz und zur FATCA-Verordnung über die Umsetzung von FATCA nach Modell 1 in zustimmendem Sinne Stellung nimmt. Der Kanton Nidwalden schliesst sich der Mustervernehmlassung der SSK an und stimmt der Vorlage ebenfalls zu.

## 2 Stellungnahme zur Umsetzung von FACTA nach Modell 1

Der Wechsel zum FATCA-Modell 1 liegt im Interesse des Schweizer Finanzplatzes, da es den automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden ermöglicht und die innerstaatliche Umsetzung nunmehr so erfolgt, wie dies auch der Regelung über den automatischen Informationsaustausch der Schweiz mit anderen Staaten entspricht. Künftig melden die schweizerischen Finanzinstitute die Informationen an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), welche diese dann an die zuständige US-Behörde (Internal Revenue Service, IRS) weiterleitet. Dies bringt administrative Vereinfachungen sowohl für die betroffenen Personen wie auch für die Behörden. Zudem ergibt sich eine höhere Rechtssicherheit, weil die ESTV zur zuständigen Behörde für die schweizerischen Finanzinstitute wird. Auch hat das FATCA-Modell 1 den Vorteil, dass Gruppenersuchen wegfallen und Informationen auch über allenfalls nicht deklarierte Finanzkonten in den USA in die Schweiz übermittelt werden.

Für den Wechsel zum FATCA-Modell 1 werden nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf kantonaler Ebene sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen benötigt, speziell im IT-Bereich. Die Kantone werden insbesondere verpflichtet, der ESTV innerhalb von zwei Monaten nach Ende jedes Kalenderjahres die AHV-Nummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen und die Unternehmens-Identifikationsnummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen juristischen Personen zu melden. Die ESTV ordnet die vom IRS automatisch übermittelten Informationen aufgrund dieser Meldungen sowie nötigenfalls aufgrund weiterer nach dem FATCA Abkommen zur Identifikation erforderlicher Angaben den Kantonen zu. Ähnliche Bestimmungen enthalten heute bereits die Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIAV) sowie die Verordnung über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (ALBAV). Welche zusätzlichen Ressourcen auf kantonaler Ebene benötigt werden, ist allerdings schwer abzuschätzen, da die Anzahl der eingehenden Meldungen und der Aufwand für deren Verarbeitung (noch) nicht bekannt sind. Auch wird das Personal, das FATCA-Daten verarbeitet, entsprechend ausgebildet werden müssen.

Freundliche Grüsse  
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

  
Res Schmid  
Landammann



  
lic. iur. Armin Eberli  
Landschreiber

Geht an:  
- loic.stranieri@sif.admin.ch



<CH-6060 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD

**Elektronisch an:**

[loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)

Sarnen, 27. Mai 2025

**Vernehmlassung: Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 7. März 2025, mit dem Sie uns die titelgenannte Vernehmlassungsvorlage unterbreiten. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Wechsel des FATCA-Modells zum Modell 1 liegt im Interesse des Schweizer Finanzplatzes, da es den automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden ermöglicht und die innerstaatliche Umsetzung damit analog erfolgt, wie dies auch der Regelung über den automatischen Informationsaustausch der Schweiz mit anderen Staaten entspricht. Dies bringt administrative Vereinfachungen für die betroffenen Personen und Behörden sowie eine höhere Rechtssicherheit.

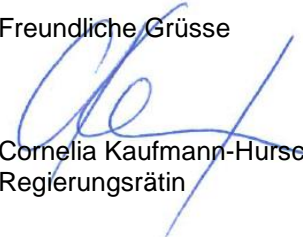
Für den Wechsel zum Modell 1 des FATCA-Abkommens werden gemäss erläuterndem Bericht nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf kantonaler Ebene sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen benötigt, insbesondere im IT-Bereich. Die Kantone werden insbesondere verpflichtet, der ESTV innerhalb von zwei Monaten nach Ende jedes Kalenderjahres die AHV-Nummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen und die Unternehmens-Identifikationsnummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen Rechtsträger zu melden. Die ESTV ordnet die vom IRS automatisch übermittelten Informationen aufgrund dieser Meldungen sowie nötigenfalls aufgrund weiterer nach dem FATCA Abkommen zur Identifikation erforderlicher Angaben den Kantonen

zu. Welche zusätzlichen Ressourcen auf kantonaler Ebene benötigt werden, ist zurzeit schwer abschätzbar, da die Anzahl der eingehenden Meldungen und der Aufwand für deren Verarbeitung nicht bekannt sind.

Von Vorteil ist schliesslich, dass die Einführung des Modells 1 von FATCA den Erhalt von Informationen über allenfalls nicht deklarierte Finanzkonten in den USA ermöglicht. Daraus können sich für die Kantone und Gemeinden zusätzliche Steuereinnahmen ergeben.

Aus den genannten Gründen stimmt der Kanton Obwalden der Vorlage zu und hat keine weiteren Anmerkungen dazu.

Freundliche Grüsse



Cornelia Kaufmann-Hurschler  
Regierungsrätin

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Steuerverwaltung
- Staatskanzlei



Regierungsrat

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

**per E-Mail:**  
loic.stranieri@sif.admin.ch

Schaffhausen, 27. Mai 2025

**Vernehmlassung betreffend Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten vom Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1; Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. März 2025 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und teilen Ihnen mit, dass wir der Vorlage zustimmen.

Der Wechsel des FATCA-Modells zum Modell 1 liegt im Interesse des Schweizer Finanzplatzes, da es den automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden ermöglicht und die innerstaatliche Umsetzung damit analog erfolgt, wie dies auch der Regelung über den automatischen Informationsaustausch der Schweiz mit anderen Staaten entspricht: Künftig melden die schweizerischen Finanzinstitute die Informationen an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), welche die Informationen dann an die zuständige US-Behörde (Internal Revenue Service, IRS) weiterleitet. Dies bringt administrative Vereinfachungen für die betroffenen Personen und Behörden. Zudem ergibt sich eine höhere Rechtssicherheit, weil die ESTV zur zuständigen Behörde für die schweizerischen Finanzinstitute wird. Auch hat das FATCA-Abkommen nach Modell 1 den Vorteil, dass die Gruppenersuchen wegfallen.

Positiv zu werten ist weiter, dass mit dem Modell 1 auch eine bessere Datenlage zu allfällig nicht deklarierten Finanzkonten in den USA geschaffen wird. Daraus können sich für die Kantone und Gemeinden zusätzliche Steuereinnahmen ergeben.

Zu beachten ist jedoch, dass mit der Umsetzung auf kantonaler Ebene zusätzlicher IT- und Personalaufwand verbunden ist, etwa im Zusammenhang mit der jährlichen Meldung der AHV-Nummern bzw. Unternehmens-Identifikationsnummern an die ESTV. Welche zusätzlichen Ressourcen auf kantonaler Ebene benötigt werden, ist schwer abschätzbar, da die Anzahl der eingehenden Meldungen und der Aufwand für deren Verarbeitung nicht bekannt sind. Auch wird das Personal, das FATCA-Daten verarbeitet, entsprechend ausgebildet werden müssen.

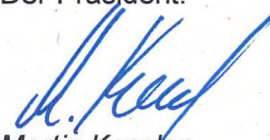
Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

  
Martin Kessler

Der Staatsschreiber:

  
Dr. Stefan Bilger

VERSENDET AM 10. JUNI 2025

kantonschwyz 

6431 Schwyz, Postfach 1260

**per E-Mail**

Eidgenössisches Finanzdepartement  
3003 Bern  
loic.stranieri@sif.admin.ch

Schwyz, 3. Juni 2025

**FATCA-Abkommen, -Gesetz und -Verordnung nach Modell 1**

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Mit Schreiben vom 7. März 2025 hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) den Kantonsregierungen die Unterlagen zum FATCA-Abkommen, -Gesetz und -Verordnung nach Modell 1 zur Vernehmlassung bis 14. Juni 2025 unterbreitet.

Der Regierungsrat hat die Vernehmlassungsvorlage betreffend das FATCA-Abkommen nach Modell 1 sowie das dazugehörige Gesetzes- und die Verordnung zur Kenntnis genommen. Der Kanton Schwyz unterstützt die Stossrichtung der Vorlage. Sie trägt zu einer besseren internationalen Steuerkooperation bei und stärkt die Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundespräsidentin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



Michael Stähli  
Landammann



Dr. Mathias E. Brun  
Staatsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Rathaus  
Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 57  
finanzdepartement@fd.so.ch  
so.ch

**Peter Hodel**  
Regierungsrat

Eidgenössisches Finanzdepartement  
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter  
Bernerhof  
3003 Bern

**per E-Mail an:**  
loic.stranieri@sif.admin.ch

4. Juni 2025

**Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. März 2025 haben Sie uns die randvermerkte Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Wir begrüssen den Wechsel des FATCA-Modells zum Modell 1 und teilen Ihnen mit, dass wir uns der Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK) vom 23. Mai 2025 anschliessen.

Freundliche Grüsse



Peter Hodel  
Regierungsrat





Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Finanzdepartement  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 89 42  
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 28. Mai 2025

**Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Mit Schreiben vom 7. März 2025 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur oben erwähnten Vorlage ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Wir stimmen der Vorlage aus den folgenden Gründen zu:

Der Wechsel des FATCA-Modells zum Modell 1 liegt im Interesse des Schweizer Finanzplatzes, da es den automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden ermöglicht und die innerstaatliche Umsetzung analog der Regelung über den automatischen Informationsaustausch der Schweiz mit anderen Staaten erfolgt: Künftig melden die schweizerischen Finanzinstitute die Informationen an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), welche die Informationen dann an die zuständige US-Behörde (Internal Revenue Service [IRS]) weiterleitet. Dies bringt administrative Vereinfachungen für die betroffenen Personen und Behörden. Zudem ergibt sich eine höhere Rechtssicherheit, weil die ESTV zur zuständigen Behörde für die schweizerischen Finanzinstitute wird. Auch hat das FATCA-Abkommen nach Modell 1 den Vorteil, dass die Gruppensuchen wegfallen.

Für den Wechsel zum Modell 1 des FATCA-Abkommens werden gemäss erläuterndem Bericht nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf kantonaler Ebene sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen benötigt, insbesondere im IT-Bereich. Die Kantone werden insbesondere verpflichtet, der ESTV innerhalb von zwei Monaten nach Ende jedes Kalenderjahres die AHV-Nummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen und die Unternehmens-Identifikationsnummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen Rechtsträger zu melden (Art. 10 des Entwurfs der Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens nach Modell 1). Die ESTV ordnet die vom



IRS automatisch übermittelten Informationen aufgrund dieser Meldungen sowie nötigenfalls aufgrund weiterer nach dem FATCA-Abkommen zur Identifikation erforderlicher Angaben den Kantonen zu. Ähnliche Bestimmungen enthalten heute bereits Art. 32 Abs. 1 der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuer-sachen (SR 653.11) sowie Art. 5 Abs. 1 der Verordnung über den internationalen automa-tischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (SR 654.11). Wel-che zusätzlichen Ressourcen auf kantonaler Ebene benötigt werden, ist schwer abschätz-bar, da die Anzahl der eingehenden Meldungen und der Aufwand für deren Verarbeitung nicht bekannt sind. Auch wird das Personal, das FATCA-Daten verarbeitet, entsprechend ausgebildet werden müssen.

Von Vorteil ist schliesslich, dass die Einführung des Modells 1 von FATCA den Erhalt von Informationen über allenfalls nicht deklarierte Finanzkonten in den USA ermöglicht. Dar-aus können sich für die Kantone und Gemeinden zusätzliche Steuereinnahmen ergeben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Susanne Hartmann  
Präsidentin



Dr. Benedikt van Spyk  
Staatssekretär

**Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:**  
loic.stranieri@sif.admin.ch

Numero  
**2406**

sl

0

Bellinzona  
**21 maggio 2025**

Consiglio di Stato  
Piazza Governo 6  
Casella postale 2170  
6501 Bellinzona  
telefono +41 91 814 41 11  
fax +41 91 814 44 35  
e-mail [can@ti.ch](mailto:can@ti.ch)  
web [www.ti.ch](http://www.ti.ch)

Repubblica e Cantone  
Ticino

## Il Consiglio di Stato

Consigliera federale  
Karin Keller-Sutter  
Dipartimento federale delle finanze (DFF)  
Bundesgasse 3  
3003 Berna

*Invio per posta elettronica (word e pdf):  
[loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)*

### **Procedura di consultazione – Accordo di cooperazione tra la Svizzera e gli Stati Uniti d'America per l'applicazione agevolata della normativa FATCA fondato sul modello 1 (Accordo FATCA M1), avamprogetto di legge federale (legge FATCA M1) e di ordinanza (ordinanza FATCA M1) sull'attuazione di tale Accordo**

Signora Consigliera federale,

abbiamo ricevuto la sua lettera del 7 marzo 2025 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e la ringraziamo anzitutto per l'opportunità che ci viene concessa di esprimerci.

#### **Situazione iniziale**

La normativa «*Foreign Account Tax Compliance Act*» (FATCA) del 18 marzo 2010 consente agli Stati Uniti di ricevere informazioni su tutti i conti detenuti direttamente o indirettamente all'estero da persone assoggettate illimitatamente all'imposta negli Stati Uniti.

Per l'attuazione della normativa FATCA, gli Stati Uniti propongono due modelli di accordi bilaterali. Il modello 2 prevede uno scambio unilaterale di informazioni da parte degli istituti finanziari direttamente con le autorità competenti degli Stati Uniti sulla base di una dichiarazione di consenso del titolare del conto. In assenza della dichiarazione di consenso, tale sistema di notifica è completato da uno scambio di informazioni su richiesta (domande raggruppate). L'Accordo FATCA secondo il modello 2 è entrato in vigore in Svizzera il 2 giugno 2014 e la relativa legge sull'attuazione il 30 giugno 2014.

L'adozione da parte della Svizzera dello standard globale per lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari emanato dall'OCSE ha segnato un'evoluzione della politica elvetica in materia di scambio di informazioni. Sono così venute a mancare le ragioni per preservare la modalità di scambio unilaterale con gli Stati Uniti.

L'8 ottobre 2014 il Consiglio federale ha incaricato il Dipartimento federale delle finanze (DFF) di avviare i negoziati per passare dal modello 2 al modello 1, che prevede uno scambio automatico e reciproco di informazioni tra le autorità competenti. Dopo anni di negoziati, il 27 giugno 2024 la Svizzera e gli Stati Uniti hanno firmato l'Accordo FATCA secondo il modello 1 (Accordo FATCA M1). Con la presente consultazione, il Consiglio federale propone la ratifica dell'Accordo FATCA M1 e l'approvazione della sua attuazione a livello nazionale (legge federale e ordinanza FATCA M1). L'obiettivo è instaurare uno scambio bilaterale di informazioni tra la Svizzera e gli Stati Uniti a partire dal 2027 analogamente agli scambi con altri Stati.

## Parere

Il passaggio dal modello FATCA al modello 1 è nell'interesse della piazza finanziaria svizzera poiché consente lo scambio automatico e reciproco di informazioni tra le autorità competenti. L'attuazione nel diritto svizzero avviene in modo analogo a quanto previsto dalla normativa sullo scambio automatico di informazioni della Svizzera con altri Stati. In futuro gli istituti finanziari svizzeri comunicheranno le informazioni all'Amministrazione federale delle contribuzioni (AFC), che a sua volta le trasmetterà all'autorità competente statunitense (*Internal Revenue Service*, IRS). L'AFC diventa quindi l'autorità competente, il che implica uno scambio agevolato per gli istituti finanziari; ciò comporta semplificazioni amministrative per le persone e le autorità interessate e una maggiore certezza del diritto. L'Accordo FATCA secondo il modello 1 offre infine il vantaggio di abolire le domande raggruppate.

Secondo il rapporto esplicativo, il passaggio al modello 1 dell'Accordo FATCA richiede delle risorse umane e finanziarie a livello sia di Confederazione sia di Cantoni, in particolare in ambito informatico. Si presume tuttavia che i Cantoni saranno toccati solo in misura limitata; saranno in particolare tenuti a comunicare all'AFC, entro due mesi dalla fine di ogni anno civile, il numero AVS delle persone fisiche assoggettate illimitatamente all'imposta nel Cantone e il numero d'identificazione delle imprese degli enti imponibili illimitatamente nel Cantone (art. 10 dell'ordinanza FATCA M1).

L'AFC attribuisce ai Cantoni le informazioni trasmesse automaticamente dall'IRS sulla base di queste comunicazioni e, se necessario, sulla base di altri dati necessari per l'identificazione secondo l'Accordo FATCA. Disposizioni analoghe sono già contenute nell'articolo 32 dell'ordinanza sullo scambio automatico internazionale di informazioni a fini fiscali (OSAI) e nell'ordinanza sullo scambio automatico internazionale delle rendicontazioni Paese per Paese di gruppi di imprese multinazionali (OSRPP), ragione per cui per queste comunicazioni occorrono poche risorse supplementari. Il personale che tratta i dati FATCA deve essere adeguatamente formato.

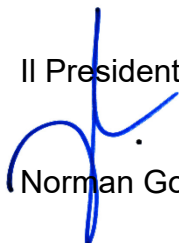
Infine, l'introduzione del modello 1 della normativa FATCA permette di ottenere informazioni su conti finanziari eventualmente non dichiarati negli Stati Uniti che potrebbero generare entrate fiscali supplementari.

Per i motivi suesposti, siamo pertanto d'accordo con la ratifica dell'Accordo FATCA secondo il modello 1 e della sua attuazione a livello nazionale.

Voglia gradire, signora Consigliera federale, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

  
Norman Gobbi

Il Cancelliere

  
Arnoldo Coduri

Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Divisione delle contribuzioni (dfe-de@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Finanzdepartement  
Frau Karin Keller-Sutter  
Bundespräsidentin  
3003 Bern

Frauenfeld, 27. Mai 2025  
Nr. 299

**Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1**

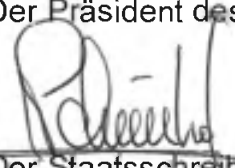

### **Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum obengenannten Abkommen. Wir stimmen dem Wechsel von Modell 2 zu Modell 1 zu.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates

  
Der Staatsschreiber  






Madame la Conseillère fédérale  
Karin Keller-Sutter  
Cheffe du Département fédéral des  
finances DFF  
Palais fédéral 3  
3003 Berne

*Par courriel : loic.stranieri@sif.admin.ch*

Réf. : 25\_COU\_2047

Lausanne, le 4 juin 2025

**Accord entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique visant à faciliter la mise en œuvre du FATCA selon le modèle 1, projet de loi fédérale sur la mise en œuvre de l'accord FATCA entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique selon le modèle 1 et ordonnance sur la mise en œuvre de l'accord FATCA entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique selon le modèle 1**

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat tient à vous remercier de l'opportunité qui lui est donnée de se prononcer sur le projet d'accord entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique visant à faciliter la mise en œuvre du FATCA selon le modèle 1, ainsi que sur les projets de loi fédérale et d'ordonnance y afférent.

Après examen des documents qui lui ont été soumis et analyse, le Conseil d'Etat soutient la modification envisagée.

Il déplore toutefois que l'obligation de transmettre les numéros d'identification fiscale américains (US TIN), qui sont parfois difficiles, voire impossibles à obtenir dans certaines situations, n'ait pu être levée ni assouplie au cours des négociations. Cette exigence rend la transmission complète des données impossible et expose les institutions financières concernées à un risque de non-conformité significative (« significant non-compliance »), laquelle constitue une infraction grave au regard de l'accord.

Dans cette perspective, le Conseil d'Etat encourage la Confédération à poursuivre ses efforts diplomatiques, en coordination avec d'autres Etats également soumis au modèle 1, afin de convaincre les autorités américaines d'introduire des mesures d'assouplissement ou, à tout le moins, des dispositions transitoires durables sur ce point.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez aux présentes lignes, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Michel Staffoni

**Copies**

- Office des affaires extérieures
- Secrétariat général du Département de l'économie, de l'innovation, de l'emploi et du patrimoine



2025.02246

**P.P.** CH-1951  
Sion

Poste CH SA

Madame  
Karin Keller-Suter  
Conseillère fédérale  
Département fédéral des finances  
Bundesgasse 3  
3003 Berne



Références MA  
Date 24 JUIN 2025

**Consultation relative à l'accord entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique visant à faciliter la mise en œuvre du FATCA selon le modèle 1, au projet de loi fédérale sur la mise en œuvre de l'accord FATCA entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique selon le modèle 1 et à l'ordonnance sur la mise en œuvre de l'accord FATCA entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique selon le modèle 1**

Madame la Conseillère fédérale,

Nous faisons suite à votre lettre du 7 mars 2025 concernant la procédure de consultation citée en titre.

Le modèle 2 de l'accord FATCA est en vigueur depuis le 30 juin 2014. Il ne prévoit qu'un échange unilatéral d'informations et contraint les établissements financiers suisses à livrer directement aux autorités fiscales américaines des informations relatives aux comptes détenus par des contribuables américains.

Le modèle 2 de l'accord FATCA fait figure d'exception. Avec les autres Etats, la Suisse applique en effet la norme de l'OCDE sur l'échange international automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers en matière fiscale. Cette norme prévoit que les Etats qui ont convenu de l'appliquer entre eux échangent mutuellement des informations ; la mise en œuvre en Suisse est assurée par l'administration fédérale des contributions qui reçoit les données des établissements financiers.

Le modèle 1 de l'accord FATCA prévoit, comme la norme de l'OCDE, un échange automatique et réciproque d'informations entre les autorités compétentes, soit, en Suisse, l'administration fédérale des contributions.

Le Conseil d'Etat du canton du Valais salue en conséquence la volonté du Conseil fédéral de mettre en place avec les Etats-Unis un échange bilatéral comme il existe déjà entre la Suisse et d'autres Etats.

Le modèle 1 de l'accord FATCA participe pour le surplus à la lutte contre la fraude et l'évasion fiscale en favorisant la transparence fiscale ; sa mise en œuvre contribuera en conséquence simultanément à la crédibilité et à la bonne réputation de la place financière suisse. Il permettra également de rétablir une égalité de traitement entre les contribuables et d'accroître la sécurité juridique.

La Suisse pouvant à l'avenir recevoir des informations relatives aux comptes détenus aux Etats-Unis par des contribuables assujettis en Suisse, il pourra enfin en résulter des recettes fiscales supplémentaires.



Le Conseil d'Etat du Canton du Valais est donc favorable à l'approbation de la loi et de l'ordonnance fédérales concernées.

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'attention que vous porterez à sa détermination et vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

  
Mathias Reynard



La chancelière

  
Monique Albrecht

Copie à [loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)



Elektronisch an vernehmlassungen@sif.admin.ch



**Kanton Zürich  
Regierungsrat**

staatskanzlei@sk.zh.ch  
Tel. +41 43 259 20 02  
Neumühlequai 10  
8090 Zürich  
zh.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement  
3003 Bern

14. Mai 2025 (RRB Nr. 523/2025)

**Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung dieses Abkommens (Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 7. März 2025, mit dem Sie uns eingeladen haben, zum Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und zum Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Wir stimmen der Vorlage aus den folgenden Gründen zu:

Der Wechsel von der FATCA-Umsetzung zum Modell 1 liegt im Interesse des Schweizer Finanzplatzes, da es den automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden ermöglicht und die innerstaatliche Umsetzung damit analog zur Regelung über den automatischen Informationsaustausch der Schweiz mit anderen Staaten erfolgt: Künftig melden die schweizerischen Finanzinstitute die Informationen an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), welche die Informationen dann an die zuständige US-Behörde (Internal Revenue Service [IRS]) weiterleitet. Dies bringt administrative Vereinfachungen für die betroffenen Personen und Behörden. Zudem ergibt sich eine höhere Rechtssicherheit, weil die ESTV zur zuständigen Behörde für die schweizerischen Finanzinstitute wird. Auch hat die Umsetzung des FATCA-Abkommens nach Modell 1 den Vorteil, dass die Gruppenersuchen wegfallen.

Für den Wechsel zum Modell 1 der Umsetzung des FATCA-Abkommens werden gemäss erläuterndem Bericht nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf kantonaler Ebene sowohl finanzielle als auch personelle Mittel benötigt, insbesondere im IT-Bereich. Die Kantone werden insbesondere verpflichtet, der ESTV innerhalb von zwei Monaten nach





Ende jedes Kalenderjahres die AHV-Nummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen und die Unternehmens-Identifikationsnummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen Rechtsträger zu melden (Art. 10 Entwurf der Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens nach Modell 1). Die ESTV ordnet die vom IRS automatisch übermittelten Informationen aufgrund dieser Meldungen sowie nötigenfalls aufgrund weiterer nach dem FATCA-Abkommen zur Identifikation erforderlicher Angaben den Kantonen zu. Ähnliche Bestimmungen enthalten heute bereits Art. 32 der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (SR 653.11) sowie die Verordnung über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (SR 654.11). Welche zusätzlichen Mittel auf kantonaler Ebene benötigt werden, ist schwer abschätzbar, da die Anzahl der eingehenden Meldungen und der Aufwand für deren Verarbeitung nicht bekannt sind. Auch wird das Personal, das FATCA-Daten verarbeitet, entsprechend ausgebildet werden müssen.

Von Vorteil ist schliesslich, dass die Einführung des Modells 1 der Umsetzung von FATCA den Erhalt von Informationen über allenfalls nicht deklarierte Finanzkonten in den USA ermöglicht. Daraus können sich für die Kantone und Gemeinden zusätzliche Steuereinnahmen ergeben. Insbesondere dürften, wie vor der Einführung des internationalen automatischen Informationsaustausches, vermehrt Selbstanzeigen eingereicht werden.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Martin Neukom

Dr. Kathrin Arioli



**KONFERENZ DER KANTONALEN  
FINANZDIREKTORINNEN  
UND FINANZDIREKTOREN**

Frau Bundespräsidentin  
Karin Keller-Sutter  
Vorsteherin EFD  
Bernerhof  
3003 Bern

Bern, 23. Mai 2025

**Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1. Vernehmlassungsstellungnahme**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Mit Brief vom 7. März 2025 haben Sie die randvermerkte Vernehmlassung eröffnet. Der Vorstand der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) hat sich an seiner Sitzung vom 23. Mai 2025 mit der Vorlage befasst und stimmt ihr aus folgenden Gründen zu.

Der Wechsel des FATCA-Modells zum Modell 1 liegt im Interesse des Schweizer Finanzplatzes, da es den automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden ermöglicht und die innerstaatliche Umsetzung damit analog erfolgt, wie dies auch der Regelung über den automatischen Informationsaustausch der Schweiz mit anderen Staaten entspricht: Künftig melden die schweizerischen Finanzinstitute die Informationen an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), welche die Informationen dann an die zuständige US-Behörde (Internal Revenue Service, IRS) weiterleitet. Dies bringt administrative Vereinfachungen für die betroffenen Personen und Behörden. Zudem ergibt sich eine höhere Rechtssicherheit, weil die ESTV zur zuständigen Behörde für die schweizerischen Finanzinstitute wird. Auch hat das FATCA-Abkommen nach Modell 1 den Vorteil, dass die Gruppenersuchen wegfallen.

Für den Wechsel zum Modell 1 des FATCA-Abkommens werden gemäss erläuterndem Bericht nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf kantonaler Ebene sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen benötigt, insbesondere im IT-Bereich. Die Kantone werden insbesondere verpflichtet, der ESTV innerhalb von zwei Monaten nach Ende jedes Kalenderjahres die AHV-Nummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen und die Unternehmens-Identifikationsnummern der im Kanton unbeschränkt steuerpflichtigen Rechtsträger zu melden (Art. 10 des Entwurfs der Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens Modell 1). Die ESTV ordnet die vom IRS automatisch übermittelten Informationen aufgrund dieser Meldungen sowie nötigenfalls aufgrund weiterer nach dem FATCA Abkommen zur Identifikation erforderlicher Angaben den Kantonen zu. Ähnliche

Sekretariat - Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern  
T +41 31 320 16 30 / [www.fdk-cdf.ch](http://www.fdk-cdf.ch)

250523 fatca wechsel modell 1 vi stn fdk\_def\_d

Bestimmungen enthalten heute bereits Art. 32 der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIAV) sowie die Verordnung über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (ALBAV). Um den administrativen Aufwand gering zu halten, sollte der Datenaustausch im Rahmen der bestehenden Systeme umgesetzt werden. Welche zusätzlichen Ressourcen auf kantonaler Ebene benötigt werden, ist schwer abschätzbar, da die Anzahl der eingehenden Meldungen und der Aufwand für deren Verarbeitung nicht bekannt sind. Auch wird das Personal, das FATCA-Daten verarbeitet, entsprechend ausgebildet werden müssen.

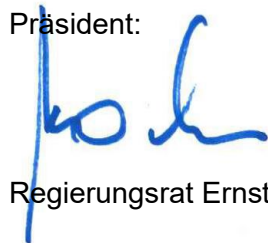
Von Vorteil ist schliesslich, dass die Einführung des Modells 1 von FATCA den Erhalt von Informationen über allenfalls nicht deklarierte Finanzkonten in den USA ermöglicht. Daraus können sich für die Kantone und Gemeinden zusätzliche Steuereinnahmen ergeben.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN  
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN**

Präsident:



Regierungsrat Ernst Stocker

Generalsekretär:



Dr. Peter Mischler

**Kopie (per E-Mail)**

- [loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)
- Mitglieder FDK
- Mitglieder SSK

**CONFERENCE DES  
DIRECTRICES ET DIRECTEURS  
CANTONAUX DES FINANCES**

Madame la Présidente  
de la Confédération  
Karin Keller-Sutter  
Cheffe du DFF  
Bernerhof  
3003 Berne

Berne, le 23 mai 2025

**Accord entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique visant à faciliter la mise en œuvre du FATCA selon le modèle 1, projet de loi fédérale sur la mise en œuvre de l'accord FATCA entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique selon le modèle 1 et ordonnance sur la mise en œuvre de l'accord FATCA entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique selon le modèle 1. Prise de position sur le projet en consultation**

Madame la Présidente de la Confédération,

Par courrier du 7 mars 2025, vous avez ouvert la procédure de consultation citée en marge. Lors de sa séance du 23 mai 2025, le Comité de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances (CDF) a examiné le projet et l'approuve pour les raisons suivantes.

Le passage du modèle FATCA au modèle 1 est dans l'intérêt de la place financière suisse, puisqu'il permet l'échange automatique et réciproque d'informations entre les autorités compétentes. La mise en œuvre au niveau national s'effectue ainsi de la même manière, comme le prévoit également la réglementation sur l'échange automatique de renseignements entre la Suisse et d'autres États : A l'avenir, les établissements financiers suisses communiqueront les informations à l'administration fédérale des contributions (AFC), qui les transmettra ensuite à l'autorité américaine compétente (Internal Revenue service, IRS). Il en résulte des simplifications administratives pour les personnes et les autorités concernées. Il en résulte en outre une sécurité juridique accrue, puisque l'AFC devient l'autorité compétente pour les établissements financiers suisses. L'accord FATCA selon le modèle 1 présente également l'avantage de supprimer les demandes groupées.

Selon le rapport explicatif, le passage au modèle 1 de l'accord FATCA nécessitera non seulement des ressources financières et humaines au niveau fédéral, mais aussi au niveau cantonal, en particulier dans le domaine informatique. Les cantons sont notamment tenus de communiquer à l'AFC, dans les deux mois qui suivent la fin de chaque année civile, les numéros AVS des personnes physiques assujetties à l'impôt de manière illimitée dans le canton et les numéros d'identification des entreprises des entités assujetties à l'impôt de manière illimitée dans le canton (art. 10 du projet d'ordonnance sur la mise en œuvre de l'accord FATCA selon le modèle 1). L'AFC attribue aux cantons les renseignements transmis automatiquement par l'IRS sur la base de ces communications et, au besoin, sur la base d'autres informations nécessaires à l'identification en vertu de l'accord FATCA. L'art. 32 de l'ordonnance sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale

Sekretariat - Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern  
T +41 31 320 16 30 / [www.fdk-cdf.ch](http://www.fdk-cdf.ch)

250523 fatca wechsel modell 1 vi stn fdk\_def\_f

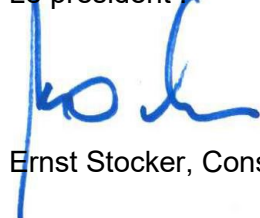
(OEAR) et l'ordonnance sur l'échange international automatique des déclarations pays par pays des groupes d'entreprises multinationales (OEDPP) contiennent déjà des dispositions similaires. Afin d'alléger la charge administrative, l'échange des données devrait se faire dans le cadre des systèmes existants. Il est difficile d'estimer quelles ressources supplémentaires seront nécessaires au niveau cantonal, car le nombre de communications reçues et la charge de travail liée à leur traitement ne sont pas connus. Le personnel traitant les données FATCA devra également être formé en conséquence.

Enfin, l'introduction du modèle 1 du FATCA permet d'obtenir des informations sur d'éventuels comptes financiers non déclarés aux Etats-Unis. Il peut en résulter des recettes fiscales supplémentaires pour les cantons et les communes.

En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de prendre position sur ce projet, nous vous prions d'agréer, Madame la Présidente de la Confédération, l'expression de notre considération distinguée.

### **CONFÉRENCE DES DIRECTRICES ET DES DIRECTEURS CANTONAUX DES FINANCES**

Le président :



Ernst Stocker, Conseiller d'État

Le secrétaire général :



Peter Mischler

### **Copie (par E-Mail)**

- [loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)
- Membres de la CDF
- Membres de la CSI





Par e-mail: [loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)

Berne, le 2 juin 2025

## **Consultation : Accord entre la Suisse et les États-Unis d'Amérique visant à faciliter la mise en œuvre du FATCA selon le modèle 1**

Madame, Monsieur,

Vous avez invité notre parti à prendre position sur le projet de consultation visé en titre. Nous vous remercions de nous offrir l'opportunité de nous exprimer à ce sujet.

L'objet de cette consultation est la prochaine soumission aux Chambres fédérales pour ratification d'un nouvel accord FATCA selon le modèle 1, signé avec les États-Unis en juin 2024, ainsi que sa mise en œuvre en droit suisse. Ce changement, prévu pour entrer en vigueur au 1er janvier 2027, vise à instaurer un échange automatique et réciproque de renseignements fiscaux entre les autorités suisses et américaines, à l'image des pratiques déjà en place avec plus d'une centaine d'autres États.

### **Un accord fondé sur la réciprocité qui renforce la réputation de la place financière suisse**

Le Centre prend acte avec satisfaction de l'aboutissement de ces négociations, à l'issue desquelles la Suisse confirme son engagement en faveur des normes internationales de transparence fiscale. Cet accord contribue à renforcer la confiance de la communauté internationale, tant dans la place financière helvétique que dans nos autorités. L'échange automatique et réciproque de données entre les autorités fiscales suisses et américaines permettra, en outre, à notre pays de recevoir des informations sur les comptes détenus aux États-Unis par des résidents suisses, ce que nous saluons.

### **Sécurité juridique accrue et mise en conformité simplifiée**

Par ailleurs, le projet prévoit que l'Administration fédérale des contributions devienne, dès le 1er janvier 2027, l'autorité compétente. Cela renforcera la sécurité juridique et facilitera la conformité avec les règles suisses et américaines pour les institutions financières helvétiques.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de prendre position et vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.

**Le Centre**

Sig. Gerhard Pfister  
Président Le Centre Suisse

Sig. Gianna Luzio  
Secrétaire générale Le Centre Suisse

FDP.Die Liberalen, Neuengasse 20, 3011 Bern

Bern, 26. Mai 2025 / RC  
VL\_FATCA

*Elektronischer Versand: loic.stranieri@sif.admin.ch*

**Abkommen über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Für die Umsetzung von FATCA haben die USA zwei Abkommensmodelle entwickelt. Das Modell 1 basiert auf einem automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden, während das Modell 2 auf einer direkten Übermittlung von Informationen durch die ausländischen Finanzinstitute an die US-Steuerbehörde beruht. Bisher erfolgte die Umsetzung von FATCA nach Modell 2. Am 27. Juni 2024 haben die Schweiz und die USA nach mehrjährigen Verhandlungen das FATCA-Abkommen nach *Modell 1* unterzeichnet. Es wird ein Inkrafttreten per 1. Januar 2027 anvisiert. Mit der vorliegenden Vernehmlassung beantragt der Bundesrat die Ratifizierung des FATCA-Abkommens nach Modell 1 (Bundesbeschluss) sowie die Annahme der innerstaatlichen Umsetzung (Bundesgesetz und Verordnung).

Seit der Aushandlung des FATCA-Abkommens haben sich die Rahmenbedingungen für die Finanzinstitute im internationalen Umfeld stark verändert. Insbesondere das Bekenntnis von mittlerweile mehr als 100 Staaten, inklusive der Schweiz, zu den globalen Standards für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) hat neue Realitäten geschaffen. Das Modell 2 ist damit überholt – es gibt keine Gründe mehr, einen einseitigen Austausch mit den USA aufrechtzuerhalten. Konkreter bringt der Modellwechsel folgende Vorteile mit sich: (i) Bestimmte Kontoinformationen fliessen künftig in beide Richtungen, also auch von den USA in die Schweiz. (ii) Neu melden die Finanzinstitute an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) und nicht – wie bisher – direkt an die US-Steuerbehörde. Dies dürfte zu mehr Rechtssicherheit und administrativen Erleichterungen bei den Betroffenen führen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart  
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter

Elektronisch an:

[loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)

**Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes und Entwurf einer Verordnung**

**Stellungnahme zur Vernehmlassung der Schweizerischen Volkspartei SVP**

---

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zum vorliegenden FATCA-Abkommen die Stellungnahme der SVP kommunizieren zu dürfen.

**Die SVP lehnt den Wechsel vom bisherigen FATCA-Modell 2 zum strengerem FATCA-Modell 1 entschieden ab. Bereits 2013 haben wir die Umsetzung von Modell 2 verworfen; aus denselben, nun verschärften Gründen weisen wir auch heute Modell 1 an den Bundesrat zurück. Das «Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1» verpflichtet die Schweiz asymmetrisch zur Übermittlung von höchst sensibler Finanzdaten über Kunden von Schweizer Finanzinstitutionen. Dieser Vertrag verstösst zutiefst gegen die Grundsätze der Souveränität, der Vertraulichkeit und schadet dem Finanzplatz Schweiz.**

Das FATCA-Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten, welches seit dem 2. Juni 2014 in Kraft ist, setzt FATCA bereits nach dem Modell 2 um. Gemäss diesem Modell melden schweizerische Finanzinstitutionen heute nur mit der Zustimmung von betroffenen US-Kunden (u.a. auch Schweizer Bürger) Kontodaten direkt an die Steuerbehörde der Vereinigten Staaten: die «Internal Revenue Service» IRS. Kunden, die dieser direkten Informationsweitergabe nicht zustimmen, gelten dann als «verweigernde Kunden». In diesen Fällen sind Banken dazu verpflichtet, eine allgemeine Meldung an die IRS zu machen. Details sind dabei gemäss Modell 2 allerdings nicht notwendig. Modell 1 würde dies verschärfen. Schweizer Banken würden nach FATCA-Modell 1 die Kontodaten von US-Kunden direkt an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) weiterleiten. Die ESTV leitet demzufolge Steuerdaten automatisch an die IRS weiter – egal, ob der Kunde zugestimmt hat oder nicht. Es gibt keine individuelle Zustimmung mehr. Der Austausch ist also automatisch, umfassend und einseitig, denn umgekehrt fliessen keine Kontodaten von den Vereinigten Staaten in die Schweiz.

Die Umsetzung des FATCA-Modell 1 entspricht eine schwere Verletzung der Informationssicherheit. Die automatische Übermittlung von Finanzdaten an eine ausländische Steuerbehörde erfolgt ohne konkreten Nachweis über die Sicherheit der Daten. Zwar wird auf ein noch nicht abgeschlossenes «Confidentiality Assessment» durch die IRS verwiesen, doch bleibt dies rechtlich unverbindlich. Die ESTV soll die Daten zudem nicht nur weiterleiten, sondern im Abrufverfahren auch Kantonen und Gemeinden zur Verfügung stellen. Damit wird der Kreis der Zugriffsberechtigten massiv erweitert, wodurch sich das Risiko von Datenmissbrauch und -pannen vervielfacht. Eine Zwei-Faktor-Authentifizierung und Hosting bei der Bundesinformatik ersetzen keine Vertraulichkeitsgarantie, wenn potenziell zehntausende in- und ausländische Steuerbeamte Zugriff haben. Die SVP sieht hierin einen Verstoss gegen Artikel 13 der Bundesverfassung zum Schutz der Privatsphäre.

Hinzu kommen erhebliche Kosten und die bürokratische Belastung. Die Umstellung auf das Modell 1 erfordert Investitionen von mehrfachen Millionen Franken, gefolgt von jährlichen Betriebsausgaben und zusätzlichem Personalaufwand. Finanzinstitutionen geraten durch die neuen Registrierungs-, Prüfungs- und Meldepflichten unter unverhältnismässiger Last, weil schon geringfügige Verzögerungen zur Einstufung als «non-participating FFI» führen und somit Strafsteuern drohen. Für international tätige Finanzinstitutionen ist dies ein immenses Rechts- und Reputationsrisiko. Die Strafsteuer entspricht einem Erpressungsmechanismus, dem sich technisch überhaupt nicht widersprechen lässt, auch nicht zur Durchsetzung künftiger US-Forderungen. Die Übermittlung einer gültigen «Tax Identification Number (TIN)», wie zum Beispiel eine «Social Security Number», ist Voraussetzung für Meldungen an die IRS – doch bereits heute ist es schwierig, diese von den Kunden zu erhalten. Der Bundesrat gesteht offen ein, dass fehlende TINs ab 2028 zu «Significant Non-Compliance» führen können. Die Vereinigten Staaten versprechen zwar eine Gesamtlösung, doch deren Inhalt und Zeitpunkt bleiben undefiniert. Wird kein TIN angegeben, führt dies dazu, dass die IT-Systeme die gesamte Meldung blockieren. Ein Abkommen, dessen Kernelemente technisch nicht umsetzbar sind, darf nicht umgesetzt werden, abgesehen von den noch ernsteren prinzipiellen Fehlern.

Die Unterstellung aller Schweizer Finanzinstitutionen unter die IRS ist für die SVP inakzeptabel. Alle Institutionen, vom Grossbankkonzern bis zum Einzelvermögensverwalter, müssen sich durch die IRS registrieren und dessen extraterritoriale Steuerrechtsgeltung in der Schweiz anerkennen. Damit akzeptiert die Schweiz erstmals, dass ausländisches Recht unmittelbare Pflichten für Schweizer Unternehmen begründet – ohne dass den Unternehmen schweizerische Rechtsmittel zur Verfügung stehen. Gleichzeitig unterstellen sich die Vereinigten Staaten nicht einmal dem OECD-AIA-Standard. Das FATCA-Abkommen entspricht einer Grenzüberschreitung und erweitert mit Modell 1 einen gefährlichen Präzedenzfall für künftige Ansprüche ausländischer Behörden. Wer sich nicht registriert oder Fehler macht, wird mit einer Strafsteuer von 30 Prozent auf US-Zahlungen belegt. Aus Sicht der SVP wird dadurch die wirtschaftliche Eigenständigkeit und letztendlich die Souveränität der Schweiz untergraben. Das FATCA-Abkommen ist unverzüglich zu kündigen. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.



---

## SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär

Marcel Dettling  
Nationalrat

Henrique Schneider





Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF  
Bernerhof  
Bundesgasse 3  
3003 Berne

[loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)

Bern, 14. Juni 2025

**Abkommen über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen.

Die SP Schweiz begrüsst die Ausweitung des internationalen automatischen Informationsaustausches (AIA) in Steuersachen. Der Wechsel vom FATCA-Abkommen nach Modell 2 zum Modell 1 entspricht einem langjährigen Anliegen der SP Schweiz<sup>1</sup>. Das FATCA-Abkommen (Foreign Account Tax Compliance Act) regelt den Informationsaustausch über Finanzkonten zwischen den USA und der Schweiz.

Seit 2014 gilt in der Schweiz das FATCA-Abkommen nach Modell 2, das auf einem einseitigen Austausch basiert. Mit der Zustimmung der Schweiz zur Teilnahme am automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) der OECD und der damit einhergegangenen technischen Weiterentwicklung hat der BR einen Wechsel zu Modell 1 überprüfen lassen. Die Vorlage beinhaltet folgende Änderungen und Weiterführungen aus Modell 2: Mit dem Wechsel auf das FATCA-Abkommen nach Modell 1 handelt es sich nun um einen automatischen und vor allem gegenseitigen Austausch. Die Schweiz erhält dadurch mehr Informationen als mit Modell 2. Aber sie übermittelt immer noch mehr

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Theaterplatz 4  
Postfach · 3011 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70

---

<sup>1</sup> <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20145141>;  
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163577>;  
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20133314>

Informationen, als sie erhält. Mit dem Wechsel auf Modell 1 ist neu nicht mehr die US-Steuerbehörde (IRS) für die Finanzinstitute zuständig, sondern die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV). Dadurch findet gemäss BR eine Erleichterung für die Finanzinstitute statt; neben der einheitlichen Übermittlung durch die ESTV vor allem auch durch das Wegfallen von Gruppenersuchen. Zumal die Weiterführung der im Rahmen des FATCA-Abkommens nach Modell 2 ausgehandelten Ausnahmen sichergestellt werden konnten.

Die SP Schweiz befürwortet ausdrücklich, dass der Bundesrat zur Stärkung des automatischen Informationsaustausches den Wechsel nach Modell 1 vorschlägt. Das Bundesgesetz gewährt Rechtssicherheit und regelt die Übergangsbestimmungen. Einzig eine mögliche Nichtübermittlung der US-TIN, welche die Gefahr einer Nichteinhaltung birgt, konnte nicht längerfristig geklärt werden. Die US-TIN sind in manchen Fällen schwer zu beschaffen und können somit den Informationsaustausch behindern. Bis 2027 gibt es dafür eine Übergangsregelung und die USA versichern, an einer langfristigen Gesamtlösung zu arbeiten.

Bisher haben die USA ein FATCA-Abkommen mit 115 Jurisdiktionen abgeschlossen. Die überwiegende Mehrheit (über 100 Länder) haben sich dabei dem Modell 1 angeschlossen. In der EU hat nur Österreich ein FATCA-Abkommen nach Modell 2 abgeschlossen; unser Nachbarland erwägt aber ebenfalls einen Wechsel zum Modell 1. International haben von den wichtigen Jurisdiktionen lediglich Japan und Hongkong ein Abkommen nach Modell 2. Die Schweiz vollzieht also mit dem Wechsel von Modell 2 zu Modell 1 endlich eine gewisse Angleichung und Harmonisierung mit der grossen Mehrheit der übrigen Jurisdiktionen in diesem wichtigen Bereich des internationalen Kampfes gegen die Steuerhinterziehung.

Umso stossender ist es allerdings, dass der Bundesrat mit Rücksicht auf das Bankgeheimnis im Inland eigens eine Bestimmung in das Gesetz aufnehmen musste (Art. 9 Abs. 5), die sicherstellt, dass übermittelte Informationen über Finanzkonten in der Schweiz nur dann weiterverwendet werden dürfen, wenn sie nach schweizerischem Recht hätten beschafft werden können. Das schränkt den Nutzen der Stärkung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten wesentlich ein, was wir ausdrücklich bedauern und entsprechend korrigieren möchten. Die SP hat dazu unlängst eine Parlamentarische Initiative 24.403 eingereicht, welche die Einführung eines automatischen Informationsaustauschs über die Finanzkonten auch im Inland forderte, wie er bereits im Verhältnis zum Ausland besteht. Entsprechende Auskünfte der Banken an die Steuerbehörden der Kantone wären damit

nicht mehr unter Strafe gestellt worden. Wir werden uns weiterhin für diese längst fällige Ausweitung des AIA einsetzen.<sup>2</sup>

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer  
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth  
Co-Präsident



Luciano Ferrari  
Leiter Politische Abteilung

---

<sup>2</sup> <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20240403>;  
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20143511>

**Per E-Mail:**

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Vorsteherin Frau Karin Keller-Sutter

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Zürich, 12. Juni 2025

**Stellungnahme zum Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika über eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes zur Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung zur Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Keller-Sutter  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 7. März 2025 in rubrizierter Angelegenheit und bedanken uns für die Gelegenheit, zu der ausgearbeiteten Vorlage Stellung nehmen zu können.

**Zusammenfassung:**

EXPERTsuisse unterstützt nachdrücklich die Schritte, die unternommen werden, um sicherzustellen, dass der Übergang zum neuen Abkommen für die schweizerischen Finanzinstitute so effizient wie möglich verläuft.

Unsere Kernanliegen können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Der Übergang zu einem Modell 1 IGA bietet die Möglichkeit, die FATCA-Prozesse, die FATCA-Meldungen und die Einhaltung der Vorschriften mit den bestehenden AIA-Prozessen soweit möglich in Einklang zu bringen. Dies sollte zumindest als Ziel ins Auge gefasst werden, falls es derzeit nicht möglich ist, sich dazu zu verpflichten, insbesondere in Bezug auf die Meldeprozesse und in Bezug auf die Durchsetzung und Prüfung der Einhaltung durch die ESTV.
2. Die ESTV sollte dazu angehalten werden, weitere Ausführungen bezüglich FATCA im Rahmen einer Wegleitung zu verfassen und die FATCA- und AIA-Wegleitungen soweit möglich in ein Dokument zu integrieren.

Wir begrüßen die Verabschiedung des neuen zwischenstaatlichen Abkommens (IGA) im Rahmen des Foreign Account Tax Compliance Act zwischen der Schweiz und den USA (FATCA-Abkommen M1). Das Abkommen sieht, zusätzlich zur künftigen Gegenseitigkeit des Informationsaustauschs mit den USA, verschiedene Verbesserungen für die Finanzinstitute (Foreign Financial Institutions oder FFIs) in der Schweiz vor, wie z.B.:

- Die FATCA-Meldung wird direkt an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) und nicht an den U.S. Internal Revenue Service (IRS) übermittelt.

- Es wird keine Konten ohne Zustimmungserklärung mehr geben und es wird möglich sein, Konten ohne FATCA-Gruppenanfrage direkt an die ESTV zu melden.
- Anhang II des FATCA-Abkommens M1 führt für die schweizerischen Finanzinstitute neue Nonreporting-IGA-FFI-Kategorien ein, die Erleichterungen mit sich bringen.
- Der FFI-Vertrag, der zwischen dem FFI und dem IRS in Kraft ist, wird nicht mehr notwendig sein und es ist keine Erneuerung des FFI-Vertrags mehr erforderlich.
- Ab Steuerjahr 2027 ist es nicht mehr erforderlich, dass der FATCA Responsible Officer eine periodische FATCA-Zertifizierung gegenüber dem IRS abgibt.
- Künftig wird die ESTV generell für FATCA zuständig sein, was die Kontaktaufnahme und den Austausch mit der zuständigen Behörde erleichtert.

Im Folgenden haben wir Ihnen unsere spezifischen Fragen und Anmerkungen zu den Gesetzestexten und unsere Vorschläge zur Angleichung an den AIA zusammengestellt. Diese Fragestellungen können grösstenteils - abhängig von der gewählten Vorgehensweise - auch auf Stufe Wegleitung adressiert und geklärt werden.

## **Spezifischen Fragen und Anmerkungen**

### **1. Ansässigkeit von Finanzinstituten in der Schweiz**

Artikel 3 Abs. 2 des FATCA-Gesetzes M1 regelt den Fall, dass ein Rechtsträger in keinem Land steuerlich ansässig ist. Für solche Rechtsträger, in der Regel Personengesellschaften oder Einzelfirmen, kann die Bestimmung des Wohnsitzes für FATCA- (und AIA-)Zwecke unklar sein, und sie können für FATCA- und/oder AIA-Zwecke in mehr als einem teilnehmenden Land als ansässig angesehen werden. Im speziellen Fall einer nach Schweizer Recht organisierten Personengesellschaft, die als Investmentgesellschaft/FFI mit Partnern oder tatsächlicher Geschäftsführung in einem anderen IGA-Land gilt, ist es beispielsweise wahrscheinlich, dass das andere IGA-Land in diesem anderen Land eine Registrierung und Meldung der Konten für FATCA verlangt.

In einem solchen Fall wäre es von Vorteil, wenn man davon ausgehen könnte, dass die Konten (der Anteilsinhaber) in dem anderen IGA-Land geführt werden. Dadurch könnten potenziell problematische doppelte Meldungen vermieden werden.

Es wäre auch hilfreich, wenn in Fällen, in denen der Rechtsträger alle seine zu meldenden Kontoinhaber an die entsprechenden ausländischen Jurisdiktionen meldet, eine Registrierung in der Schweiz nicht erforderlich wäre. Ob Absicht oder nicht, es wäre von Vorteil, wenn dazu weitere Informationen zur Verfügung gestellt werden.

### **2. Erfordernis der Registrierung von Trusts bei der ESTV**

Art. 7 Abs. 4 des FATCA-Gesetzes M1 legt fest, dass ein Trustee einen Trust registrieren muss, wenn das FATCA-Abkommen M1 dies verlangt. In der Regel müssen nur meldende Finanzinstitute bei der ESTV registriert werden.

Die in Anhang II des FATCA-Abkommens M1 beschriebenen Nonreporting IGA FATCA-Kategorien (Trustee-Documented Trust (TDT), Sponsored Investment Entity und Sponsored, Close Held Investment Vehicle), deuten darauf hin, dass in solchen Fällen für FATCA-Zwecke im Grundsatz keine Registrierung beim IRS oder bei der ESTV erforderlich ist.

Artikel 8 Abs. 4 der FATCA-Verordnung M1 sieht jedoch vor, dass ein Trust, der nach Artikel 7 Abs. 4 des FATCA-Gesetzes M1 registriert werden muss, unter dem Verwendungszweck «TDT» registriert werden muss.

Wir ersuchen um Klarstellung, in welchen Fällen Trusts bei der ESTV und dem IRS registriert werden müssen und wie die notwendigen FATCA-Meldungen erfolgen sollen. Des Weiteren wäre es hilfreich zu klären, ob es korrekt ist, dass ein schweizerischer Trustee eines TDT sich als FFI (unter der Annahme, dass es sich um einen FFI handelt, was aber sehr oft der Fall sein wird) *und* als Sponsoring FFI registrieren sollte, und dass solche Trustees die FATCA-Meldungen im Namen ihrer TDTs einreichen sollten, als wären diese sog. gesponserte FFIs.

### **3. In einem anderen Staat als rapportierendes Finanzinstitut geltender Trust**

Gemäss Artikel 11 des FATCA-Gesetzes M1 kann der schweizerische Trustee für einen Trust, der in einer anderen Jurisdiktion als der Schweiz als meldendes Finanzinstitut eingestuft ist, die Meldung für den Trust in dieser Jurisdiktion einreichen. Dies ist eine willkommene Klarstellung im Lichte der Zweifel an einer möglichen Anwendung von Art. 271 StGB in diesem Zusammenhang.

Wir halten es jedoch für vorteilhaft, wenn explizit bestätigt wird, ob ein schweizerischer Trustee, der nur an ausländische Steuerbehörden meldet, und der Trust, ebenfalls bei der ESTV registriert werden müssen oder nicht.

### **4. Wortlaut von Art. 8 Abs. 2 FATCA-Gesetz M1**

Die Formulierung müsste korrigiert werden, da in der französischen Fassung offenbar das Wort «faisant» fehlt und in der deutschen Fassung ebenfalls Änderungen notwendig sind. Wir gehen davon aus, dass die beabsichtigten Sätze wie folgt waren:

*Das rapportierende schweizerische Finanzinstitut stellt den spezifizierten US Personen, die Gegenstand der Meldung sind, auf Ersuchen eine Kopie der Meldung zu.*

*Les établissements financiers suisse rapporteurs adressent, sur demande, une copie de la déclaration aux personnes américaines spécifiées faisant l'objet de la déclaration.*

Zudem ist in diesem Zusammenhang abzuklären, ob für meldepflichtige Personen, die beherrschende Personen sind, die Kopie der Meldung aus Datenschutzgründen nur an den Inhaber oder die Inhaberin des Kontos zugestellt werden darf.

### **5. Informationen an Zahlstelle**

Gemäss Artikel 16 der FATCA-Verordnung M1 müssen schweizerische Finanzinstitute ihre Zahlstelle innerhalb von 90 Tagen nach der Änderung des IGA-Modells über eine Änderung ihres FATCA-Status informieren. Diese Mitteilung kann entweder unter Verwendung eines neuen IRS-Formulars W-8, durch andere schriftliche oder mündliche Kommunikation oder durch öffentlich zugängliche Mittel erfolgen.

Wir würden erwarten, dass sich der Begriff «Zahlstelle» in diesem Zusammenhang nur auf sogenannte Qualified Intermediaries (QIs) im Sinne von Abschnitt 1.1441-1(e)(5) des United States Internal Revenue Code bezieht. Rechtsträger, bei denen es sich um FFIs für FATCA-Zwecke, aber nicht um QIs handelt,



würden üblicherweise aufgrund der Änderung der Umstände ebenfalls eine solche aktualisierte Dokumentation von den Kunden benötigen, wenn sich der Status von Kontoinhabern geändert hat. Es wäre hilfreich, zu bestätigen, welchen Parteien in der Schweiz und im Ausland aktualisierte Informationen zum FATCA-Status zur Verfügung gestellt werden müssen.

Des Weiteren verstehen wir, dass «öffentlich zugängliche Mittel» im Allgemeinen die Veröffentlichung der Informationen auf der Website des Unternehmens umfassen können. Diesbezüglich wäre unseres Erachtens eine Präzisierung hilfreich.

Grundsätzlich betrifft der Modell-Wechsel vom IGA 2 zum IGA 1 die ganze Schweiz und somit prinzipiell alle beim IRS registrierten schweizerischen Finanzinstitute. Weiter wird der IGA-Modell-Wechsel auf der IRS-Website hinsichtlich der abgeschlossenen IGA-Modelle transparent kommuniziert. Daraus folgt, dass jegliche Gegenparteien und Withholding Agents im In- und Ausland bereits über den Modell-Wechsel der Schweiz informiert sind. Dieser Umstand bedeutet aus Sicht der Gegenparteien und Withholding Agents das Vorliegen eines Change in Circumstance. Ein solcher löst eine Tätigkeitspflicht beim entsprechenden Institut aus (es handelt sich nicht nur um eine Bringschuld durch die betroffenen schweizerischen Institute). Somit wäre es hinsichtlich einer effizienten Umsetzung des Modell-Wechsels hilfreich, wenn in der FATCA-Verordnung M1 im Artikel 16 Abs. 1 lit. b klargestellt werden würde, dass die Publikation der neuen Klassifikation auf der Website des Finanzinstitutes explizit als «ausreichend informiert» betrachtet wird und ein Finanzinstitut nicht proaktiv alle Gegenparteien und Withholding Agents hinsichtlich dieser Publikation durch eine Kontaktaufnahme «informieren» muss.

In der Praxis wäre möglicherweise eine aktive Zurverfügungstellung neuer FATCA-Selbstauskünfte oder IRS W-8 Formulare empfehlenswert, um sicherzustellen, dass schweizerische Finanzinstitute nicht durch andere Finanzinstitute als unzureichend dokumentiert behandelt werden, was das Risiko eines FATCA-Steuerabzugs mit sich bringen kann.

Eine gesetzliche Regelung, die explizit festlegt, dass die Veröffentlichung der neuen Klassifikation auf der Website des Finanzinstituts als «ausreichend informiert» betrachtet wird, wäre aber hilfreich, insbesondere weil immer das Risiko besteht, dass schweizerische Finanzinstitute es unterlassen, alle relevanten Parteien über den Modell-Wechsel aktiv zu informieren.

Zusätzlich wären weitere Informationen dazu, wie eine mündliche Kommunikation durch das Finanzinstitut ausreichend zu dokumentieren wäre, hilfreich.

## **6. Nullmeldepflicht**

In Artikel 9 Abs. 1 FATCA-Gesetz M1 wird neu eine sogenannte «Null-Meldepflicht» eingeführt. Finanzinstitute, welche über keine meldepflichtigen US-Personen verfügen, müssen jährlich eine Bestätigung/Meldung dieses Sachverhaltes an die Steuerverwaltung abgeben. Diese Pflicht bestand unter dem bisherigen Model 2 IGA nicht.

Erwartungsgemäss wird eine signifikante Anzahl an rapportierenden Finanzinstituten keine meldepflichtigen US-Personen aufweisen - im Gegensatz zum CRS/AIA, wo die Wahrscheinlichkeit des Vorhandenseins einer meldepflichtigen Person signifikant grösser ist. Um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, wäre es für die Finanzinstitute vorteilhaft, wenn von der Einführung einer jährlichen «Null-Meldepflicht» hinsichtlich FATCA abgesehen würde.

Es sei dahingehend zu prüfen, ob bereits im Rahmen der Registration als Finanzinstitut für FATCA Zwecke bei der Steuerverwaltung eine entsprechende Angabe (z.B. «Rechtsträger verfügt über keine

meldepflichtige US-Personen») gemacht werden kann, welche bis auf Widerruf resp. Abgabe einer effektiven FATCA Meldung gültig ist. Eine solche einmalige Angabe würde den jährlichen Verwaltungsaufwand gerade bei kleinen registrierten rapportierenden Finanzinstituten entsprechend reduzieren und zugleich die Compliance mit FATCA IGA 1 nicht beeinträchtigen und auch nicht signifikant von der AIA-Umsetzung abweichen.

### **Angleichung an AIA**

In vielen Ländern mit Model 1 IGAs ist die Compliance und Meldung von FATCA vollständig in die Compliance und Meldung von AIA integriert. Um die gewünschten Effizienzgewinne für die schweizerischen FFIs zu erzielen, schlagen wir vor, diese Ausrichtung auch im rechtlichen Rahmen festzulegen.

Abhängig von der Vorgehensweise könnten zum Beispiel die folgenden Punkte aufgenommen werden:

1. Artikel 8 des FATCA-Gesetzes M1 bezieht sich auf die Verpflichtung der schweizerischen FFIs, ihre Kunden über die Meldepflichten der schweizerischen FFI gemäss FATCA M1 zu informieren und auf die möglichen Auswirkungen hinzuweisen. Es scheint, dass diese Information weitgehend mit denjenigen übereinstimmen, die FFIs bereits als meldende Finanzinstitute im Rahmen des AIA bereitstellen müssen. Der Bundesrat sollte prüfen, ob es angebracht wäre, explizit darauf hinzuweisen, dass in Fällen, in denen ein Kunde im Rahmen einer allgemeinen Mitteilung an alle Kunden über eine solche Meldung im AIA informiert wird, für FATCA keine zusätzliche Mitteilung erforderlich ist.  
Alternativ könnte dies im Rahmen der Wegleitung angesprochen werden.  
Es könnte in der FATCA-Verordnung M1 ausdrücklich vorgesehen werden, dass die nach Artikel 8 des Gesetzesentwurfs M1 erforderliche Information in die bestehende Information für AIA integriert werden kann.
2. Artikel 13 des FATCA-Gesetzes M1 sieht vor, dass jeder, der eine Selbstauskunft an ein schweizerisches FFI abgegeben hat, verpflichtet ist, eine neue abzugeben, wenn sich die relevanten Umstände ändern. Artikel 9 des FATCA-Verordnungsentwurfs M1 legt fest, dass eine solche neue Selbstauskunft innerhalb von 30 Tagen erforderlich ist. Hilfreich wäre es, wenn in Artikel 9 auch explizit festgelegt würde, unter welchen Umständen die schweizerischen FFIs verpflichtet sind, ihre Systemdaten aufgrund einer neuen Selbstauskunft zurückzudatieren. Beispielsweise könnte man von FFIs verlangen, dass sie ihre Systemdaten für Selbstauskünfte, die bis zu 30 Tage vor dem Erhalt datiert sind, rückwirkend aktualisieren. Jedoch führen längere Zeiträume häufig zu operativen Schwierigkeiten für FFIs (z. B. die Notwendigkeit, die Meldungen des Vorjahres zu ändern).
3. Artikel 17 des FATCA-Gesetzes M1 könnte explizit vorsehen, dass die ESTV das Recht soweit möglich im Einklang mit ihrer Anwendung des AIA-Gesetzes anwendet.
4. Artikel 19 des FATCA-Gesetzes M1 könnte in Bezug auf das IT-System, das die ESTV einführen muss, auch explizit auf «das derzeit für AIA verwendete IT-System verweisen».

### **Bemerkungen zur ESTV-Wegleitung**

Obwohl wir anerkennen, dass sich die vorliegenden Bemerkungen auf den Gesetzesentwurf und die Verordnung beziehen und nicht auf die Wegleitung, die wir von der ESTV erwarten würden, möchten wir die Gelegenheit nutzen, hervorzuheben, dass die ESTV angewiesen werden sollte dafür zu sorgen, dass die Administration des FATCA IGA M1 so eng wie möglich mit der Administration des AIA abgestimmt ist.

- Folgendes sollte dabei berücksichtigt werden, sofern eine Umsetzung möglich ist:  
Jede Registrierung sollte eine zusätzliche Funktion innerhalb des bestehenden AIA-Portals sein, so dass schweizerische FFIs sich nicht bei zwei separaten Portalen registrieren müssen und dasselbe Konto sowohl für FATCA als auch für AIA verwenden können (obwohl es notwendig sein wird, genau bestätigen zu können, für welche Systeme ein bestimmter FFI registriert wird).
- Der Meldeprozess sollte vollständig dem AIA-Meldewesen kombiniert werden, wobei dasselbe Portal und die gleichen Einreichungsmethoden verwendet werden sollten.
- Es sollte die Möglichkeit geben, auf dem Portal Einzelmeldungen vorzunehmen und auch Anpassungen an bestehenden Meldungen durch Einzelmeldungen zu übermitteln, ohne bei jeder Änderung jeweils erneut alle Daten mittels XML-File übermitteln zu müssen.
- Die AIA-Wegleitung und die technische AIA-Wegleitung sollten erweitert und überarbeitet werden, um FATCA einzubeziehen, anstatt eine neue, eigenständige Richtlinie zu schaffen
- Die Prüfungen der ESTV für die Einhaltung von FATCA sollten in das bestehende Prüfungsprogramm integriert werden und den im Rahmen dieses Programms durchgeführten AIA-Prüfungen so ähnlich wie möglich sein.

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Ausführungen zu dienen und stehen für die Beantwortung von Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

EXPERTsuisse AG



Daniel Gentsch  
Präsident Kommission direkte Steuern



Nicole Bühler  
Fachleiterin Tax & Legal

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF  
Bundesgasse 3  
3011 Bern

Per Mail zugestellt an: loic.stranieri@sif.admin.ch

Basel, 6. Juni 2025

## **Stellungnahme SBVg zur Vernehmlassung für den Wechsel des FATCA-Modells**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die am 7. März 2025 eröffnete Vernehmlassung zum Wechsel des FATCA-Modells. Wir bedanken uns für die Konsultation in diesem für den Finanzplatz Schweiz wichtigen Dossier und für die sehr angenehme konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen des Qualifikationsgremiums. Gerne unterbreiten wir Ihnen nachfolgend unsere Anliegen.

### **Position der SBVg:**

Die Banken wollen und begrüssen den Modellwechsel. Dabei ist jedoch die Strafandrohung der Fahrlässigkeit ersatzlos zu streichen. Zudem ist für die Information an US spezifizierte Personen gemäss Art. 8 Abs. 1 VE-FATCAG eine angemessene Frist zu setzen, damit mögliche Auslastungsspitzen vermieden werden.

### **1. Art. 28 Abs. 2 VE-FATCAG (Strafbestimmungen)**

Die Strafbarkeit der fahrlässigen Verletzung von Melde- und Sorgfaltspflichten ist den Finanzinstituten aus der Gesetzgebung zur Bekämpfung der Geldwäscherei bekannt. Im Geschäftsalltag der Banken sorgt dies bereits heute für viele Praxisprobleme. Überdies schafft die zunehmende Verfolgung von Bankmitarbeitenden Rechtsunsicherheiten, die dem Ziel des Gesetzes nicht zweckdienlich sind. Die Beurteilung von Sachverhalten bei der Umsetzung des FATCA kann, ähnlich wie im Bereich der Geldwäschereiprävention, äusserst komplex sein und erfordert hoch spezialisiertes Personal, das die bestehenden Regeln zu interpretieren hat. Dass hierbei gerade in den schwierigen Einzelfällen Sachverhalte unterschiedlich eingeschätzt werden können, ist nicht unwahrscheinlich. Verstärkt wird die Problematik dadurch, dass es sich beim FATCA – wie beim Bankgeschäft generell – um ein Massengeschäft handelt, das streng standardisiert abgewickelt werden können muss. Sofern in einem solchen Umfeld ausgerechnet die betroffenen Mitarbeiter strafrechtlich belangt werden sollen, ist es diesen kaum vermittelbar, rechtspolitisch stossend und verringert zudem

die Vollzugseffizienz des Gesetzes. Die Strafbedrohung der Fahrlässigkeit, insbesondere einzelner Mitarbeiter, wurde auch in der Vernehmlassung zum AIAG (bzw. CARF) kritisiert und zum Gesetz über die Transparenz juristischer Personen (TJPG) auch beseitigt. Gemäss dem Antrag der WAK-S vom 22. Mai 2025 ist die Ausweitung der Strafbarkeit auf fahrlässiges Handeln bei den Bestimmungen zur Verletzung der Melde-, Sorgfalts- und Auskunftspflichten (Art. 32 Abs. 2 und 32a Abs. 2 E-AIAG) zu streichen.

Wir sehen zudem bei FATCA keine Parallelen zum AIA, da die Anwendung von FATCA keinem Peer-Review unterstellt ist. Somit sehen wir keine sachliche Grundlage, die Strafbestimmungen zur Fahrlässigkeit weiterhin aufrechtzuerhalten.

Aus den oben genannten Gründen fordern die Banken, Art. 28 Abs. 2 VE-FATCAG ersatzlos zu streichen.

## 2. Art. 8 Abs. 1 VE-FATCAG

Die Frist, um die US spezifizierten Personen über die Informationen zu informieren, welche übermittelt werden, wurde auf den 31. Januar gesetzt und somit dem E-AIAG gleichgestellt. Wir sehen keine sachliche Grundlage dafür, diese Frist dem E-AIAG gleichzustellen und somit auf den 31. Januar zu setzen. Einerseits erfolgt die Meldung für FATCA am 30. Juni des jeweiligen Jahres, was einen ausreichenden Zeitraum bietet, die Frist beispielsweise auf den 31. März zu setzen. Andererseits führt diese Gleichstellung der Frist zu einer vermeidbaren operationellen Auslastung bei den Banken. Daher schlagen wir vor, die Frist gemäss Art. 8 Abs. 1 VE-FATCAG auf den 31. März zu setzen.

## 3. Art. 8 Abs. 2 VE-FATCAG

Der Begriff «spezifizierte US-Person» wird in Artikel 8 des VE-FATCAG verwendet. Dieser Begriff kann jedoch in bestimmten Fallkonstellationen, wie beispielsweise, wenn die Inhaberin eines Kontos, das Gegenstand der Meldung ist, eine «passive NFFE» ist, zu Verwirrung führen. In solchen Fällen könnten mit dem Begriff «spezifizierte US-Person» die sogenannten «controlling persons» verstanden werden, diese sind nicht direkte Inhaber oder Inhaberinnen des Kontos. Eine Zustellung der Meldungskopie an solche Personen, die nicht direkte Kontoinhabende sind, könnte zu rechtlichen und datenschutzbezogenen Problemen führen, die es zu vermeiden gilt. Um klarzustellen, dass bei Ersuchen, eine Kopie der Meldung an den direkten Inhabenden des Kontos zuzustellen ist, empfehlen wir, den Wortlaut von Art. 8 Abs. 2 VE-FATCAG wie folgt anzupassen: «Das rapportierende schweizerische Finanzinstitut stellt **dem Inhaber oder der Inhaberin des Kontos**, das Gegenstand der Meldung ist, auf Ersuchen eine Kopie der Meldung zu.»

## 4. Erläuternder Bericht, Art. 4 Abs. 4 Anwendung von FATCA auf schweizerische Finanzinstitute

Der erläuternde Bericht weist unter Abschnitt «4.1 FATCA-Abkommen nach Modell 1» (S. 19) darauf hin, dass unabhängige Vermögensverwalter unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit haben, auf eine Registrierung zu verzichten. Der Einbezug des Wortes «Möglichkeit» kann in diesem Zusammenhang zu Unsicherheiten und somit zu mit Aufwand verbunden Rückfragen führen. Deshalb möchten wir anregen, den Wortlaut des letzten Satzes des Abschnittes zu Absatz 4 von «**Unabhängige Vermögensverwalter haben jedoch die Möglichkeit, auf eine Registrierung zu verzichten, wenn...**» zu «**Unabhängige Vermögensverwalter müssen sich nicht beim IRS registrieren, wenn...**» anzupassen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen. Gerne stehen wir Ihnen für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Freundliche Grüsse  
Schweizerische Bankiervereinigung

Sig. Dr. Gabriel Bourquin  
Leiter Steuern & Leiter Romandie

Sig. Urs Kapalle  
Leiter Tax Strategy



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Frau Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

per Mail an: [loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)

Bern, 16.06.2025

**Vernehmlassungsantwort zum Abkommen über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung.

Der FATCA (*Foreign Account Tax Compliance Act*) regelt den Informationsaustausch über Finanzkonten zwischen den USA und der Schweiz. Seit 2014 gilt das FATCA-Abkommen nach Modell 2, das auf einem einseitigen Austausch basiert. Mit der Zustimmung der Schweiz zur Teilnahme am automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) der OECD und der damit einhergegangenen technischen Weiterentwicklung hat der BR einen Wechsel zu Modell 1 überprüfen lassen. Die Vorlage beinhaltet folgende Änderungen und Weiterführungen aus Modell 2.

Mit dem Wechsel auf das FATCA-Abkommen M1 nach Modell 1 handelt es sich nun um einen automatischen und gegenseitigen Austausch. Die Schweiz erhält dadurch mehr Informationen als mit Modell 2. Aber sie übermittelt immer noch mehr Informationen, als sie erhält. Mit dem Wechsel auf Modell 1 ist neu nicht mehr die US-Steuerbehörde (IRS) für die Finanzinstitute zuständig, sondern die Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV). Dadurch findet gemäss BR eine Erleichterung für die Finanzinstitute statt; neben der einheitlichen Übermittlung durch die ESTV u.a. auch durch das Wegfallen von Gruppenersuchen. Der BR prognostiziert zudem mittelfristig eine Kostenreduzierung. Ausserdem konnte die Weiterführung der im Rahmen des FATCA-Abkommens nach Modell 2 ausgehandelten Ausnahmen sichergestellt werden.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) befürwortet, wie auch schon in bisherigen Stellungnahmen dargelegt, die Ausweitung des internationalen automatischen Informationsaustausches (AIA) in Steuersachen und damit auch diese Vorlage. Das Bundesgesetz gewährt Rechtssicherheit und regelt Übergangsbestimmungen. Einzig eine mögliche Nichtübermittlung der US-TIN, welche die Gefahr einer Nichteinhaltung birgt, konnte nicht längerfristig geklärt werden. Die US-TIN sind in manchen Fällen schwer zu beschaffen und können somit den Informationsaustausch behindern.

Bis 2027 gibt es dafür eine Übergangsregelung und die USA versichert an einer langfristigen Gesamtlösung zu arbeiten.

Der SGB hat keine Einwände gegen die Vorlage. Er begrüsst, dass der Bundesrat zur Stärkung des automatischen Informationsaustausches den Wechsel nach Modell 1 vorschlägt.

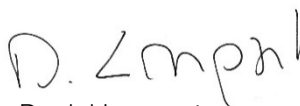
Wir danken Ihnen herzlich für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND**



Pierre-Yves Maillard  
Präsident



Daniel Lampart  
Leiter SGB-Sekretariat und Chefökonom



Herr Loic Stranieri  
Eidg. Finanzdepartement EFD  
Bundesgasse 3  
Bernerhof  
3003 Bern

Per E-Mail: loic.stranieri@sif.admin.ch

Zürich, 12. Juni 2025

**Vernehmlassung 2024/44 zur Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 (FATCA-Abkommen M1)**  
**Vernehmlassungsantwort SVV**

Sehr geehrter Herr Stranieri  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. März 2025 laden Sie uns ein, zur oben erwähnten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung und nehmen diese hiermit gerne wahr.

**1 Allgemeines**

Der SVV begrüsst grundsätzlich den Wechsel auf das FATCA-Abkommen M1. In Anbetracht des potenziell massiven, negativen Impacts (vgl. dazu unsere Ausführungen in Ziffer 2) befürwortet der SVV jedoch, die Inkraftsetzung so lange aufzuschieben, bis die USA eine umfassende, zeitlich unbeschränkte Lösung der US-TIN Thematik präsentieren. Vor dem Vorliegen einer solchen Lösung ist der riskante Wechsel ohne ausreichende gegenläufige positive Effekte nicht opportun.

Der SVV anerkennt, dass der angedachte Modellwechsel einige operative Erleichterungen für betroffene Unternehmen bei der Umsetzung von FATCA mit sich bringt. Nichtsdestotrotz ist darauf hinzuweisen, dass die zur Umsetzung des aktuellen FATCA-Abkommens nach Modell 2 (FATCA-Abkommen M2) notwendigen Prozesse seit über 10 Jahren implementiert sind, ein zeitnaher Modellwechsel drängt sich folglich nicht auf. Die resultierenden Vereinfachungen für betroffene Unternehmen aufgrund des Modellwechsels sind in der Praxis marginal.

Im Weiteren ist die im Rahmen des Modellwechsels vorgesehene Gegenseitigkeit des Informationsaustauschs bekanntermassen eher theoretischer Natur, denn amerikanische Finanzinstitute liefern kaum verwertbare Daten an FATCA-Abkommen M1 Partnerstaaten. Dass dies im Falle der Schweiz anders sein soll, ist nicht zu

**Schweizerischer Versicherungsverband SVV**

Conrad-Ferdinand-Meyer-Strasse 14 – CH-8002 Zürich – Zentrale +41 44 208 28 28 – svv.ch  
Andreas Parison – andreas.parison@svv.ch – Direktwahl +41 44 208 28 40

erwarten. Insofern muss festgehalten werden, dass der Nutzen des Modellwechsel für die Schweiz hinsichtlich Informationslieferungen aus den USA überschaubar sein wird.

## **2 Problematik der Meldung von Vertragsbeziehungen ohne US-Steueridentifikationsnummer**

Im erläuternden Bericht wird festgehalten, dass die spezifische Thematik der Pflicht zur Meldung von US-Bundessteuernummern (US-TIN) nicht verhandelt werden konnte – dies trotz wiederkehrender, intensiver Bemühungen von Seiten der zuständigen Schweizer Behörden. Dies ist wenig überraschend, bekannterweise wird seit Jahren auf Ebene der EU sowie einzelner EU-Mitgliedstaaten intensiv versucht, eine dauerhafte Lösung dieser bestens bekannten Problematik zu erreichen. Das Kernproblem besteht darin, dass bei der Absetzung einer FATCA-Meldung unter einem FATCA-Abkommen M1 bei Fehlen einer einzelnen US-TIN das Reporting grundsätzlich als nicht vollständig zurückgewiesen wird. Wenn in der Folge die dem Finanzinstitut unbekannte US-TIN nicht beschafft werden kann, ist das «fehlbare» Finanzinstitut als significantly non-compliant einzustufen.

Durch den Modellwechsel wird für schweizerische Finanzinstitute das Risiko einer Einstufung als **significantly non-compliant neu geschaffen. Jedes schweizerische Finanzinstitut wäre neu darauf angewiesen, dass die USA eine temporär gültige, sog. «Dummy-TIN» zur Verfügung stellt, um für Vertragsbeziehungen, in welchen die US-TIN nicht beschafft werden konnte, ein akzeptierfähiges Reporting überhaupt absetzen zu können.** Unter dem aktuellen FATCA-Abkommen M2 und dem darin vorgesehenen non-consenting Reporting besteht dieses Risiko im Gegensatz nicht. Unvollständig dokumentierte Vertragsbeziehungen können mittels aggregierter Meldungen rechtskonform abgesetzt werden. Diese heute noch offenstehende Möglichkeit geht durch einen Wechsel auf das FATCA-Abkommen M1 verloren.

Die Einstufung eines Finanzinstituts als significantly non-compliant hat de facto den Ausschluss betroffener Finanzinstitute von den internationalen Kapitalmärkten zur Folge. Dass dies für schweizerische Finanzinstitute eine signifikante Verschlechterung gegenüber dem status-quo darstellt, ist unbestritten. Es ist zu erwarten, dass eine Vielzahl an Finanzinstituten aufgrund externer Faktoren jährlich eine gewisse Anzahl an Kontenbeziehungen ohne TIN melden muss. Solche externen Faktoren sind insbesondere der Abbruch des Kontakts mit meldepflichtigen Personen (etwa aufgrund eines Wohnsitzwechsels, Namensänderungen oder eines Todesfalls) oder die Weigerung von Versicherungsnehmern, die US-TIN mitzuteilen. Problematisch sind somit insbesondere Sachverhalte, in denen Finanzinstitute trotz bereits erfolgter Anstrengungen nicht in der Lage sind, auch unter juristischen Gesichtspunkten, die US-TINs zu beschaffen. Die Problematik tritt mangels eines einseitigen Kündigungsrechts von Lebensversicherungsverträgen durch den Lebensversicherer sowie der Langfristigkeit der Vertragsbeziehungen in der Assekuranz akzentuierter in Erscheinung, betrifft aber ebenso sämtliche übrigen Finanzinstitute.

Die USA sind sich dieser Schwierigkeit bewusst, haben in den vergangenen Jahren jedoch darauf verzichtet, eine dauerhafte Lösung in Aussicht zu stellen. Die aktuell bis 2027 bestehende, temporäre Übergangslösung ist

nicht ausreichend, die existierenden Sachverhaltskonstellationen abzudecken. Von Seiten der USA wurde stets betont, dass eine finale Lösung zudem weniger weitgehend ausfallen wird, als die derzeit bestehende, äusserst unbefriedigende Lösung. Es ist somit damit zu rechnen, dass schweizerische Finanzinstitute früher oder später durch die USA als significantly non-compliant eingestuft werden. Gerade für grössere Finanzinstitute könnte eine solche Einstufung zu einer bedrohlichen Unternehmenssituation führen.

Die Zusicherungen durch die Vertretung der USA, dass an einer Gesamtlösung gearbeitet werde, nimmt die Assekuranz kritisch zur Kenntnis. Es ist bekannt, dass die bestehende US-TIN Thematik problemlos innert weniger Tage gelöst werden könnte, sofern der entsprechende politische Wille vorhanden wäre. Die aktuelle Situation, in welcher Modell 1 Staaten jährlich auf den Goodwill der USA angewiesen sind, um eine beschränkt gültige sog. Dummy-TIN zu erhalten, scheint zumindest auf Seiten der USA ein tragbarer Zustand zu sein, welcher nicht Anlass für eine rasche Auflösung dieser Situation gibt. Immerhin wurde schon seit ca. 2018 von Seiten der EU versucht, die bestehende Problematik zu lösen. Die Schweiz aber wäre das erste Land, welches sich «freiwillig» in die bestehende Rechtsunsicherheit begibt, notabene eine Rechtsunsicherheit, welche unter dem aktuell in Kraft stehenden Modell 2 IGA nicht besteht.

Dass der Bundesrat im Rahmen einer Gesamtbeurteilung in Anbetracht der resultierenden Rechtsunsicherheit die Vorteile durch die Unterzeichnung des FATCA-Abkommens M1 auf Seite 10 des Erläuternden Berichts als überwiegend einschätzt, überrascht auf den ersten Blick. Wenn man die vom Bundesrat gewählte Formulierung im Erläuternden Bericht jedoch genauer betrachtet, werden die Vorteile der Unterzeichnung des FATCA-Abkommens M1 mit einem abkommenslosen Zustand verglichen («...die Vorteile...grösser sind, als wenn es keine bilaterale Lösung gäbe»). Mit dem aktuellen FATCA-Abkommen M2 ist jedoch eine bilaterale Lösung bereits seit 2014 in Kraft, und mit dieser existierenden Lösung müsste das FATCA-Abkommen M1 konkret verglichen werden.

Ein direktes Gegenüberstellen der durch den Modellwechsel moderaten, operativen Vereinfachungen einerseits und den massiven, potenziellen Auswirkungen für eine Vielzahl an Finanzinstituten andererseits, würde ein anderes Resultat erwarten lassen. Dies gilt umso mehr, als in jüngerer Vergangenheit vermehrt ein Verknüpfen sachfremder Themen durch die USA beobachtet werden konnte. Das Vorenthalten einer Dummy-TIN nach einem Wechsel zu einem FATCA-Abkommen M1 könnte bspw. dazu verwendet werden, die Schweiz zu einem Verhalten zu bewegen, welches zwar im Interesse der USA, nicht aber im Interesse der Schweiz liegt. Aktuelle Entwicklungen (etwa im Bereich der Zollpolitik) lassen zudem erhebliche Zweifel offen, inwieweit den im Rahmen der Verhandlung gemachten Zusicherungen der USA, dass diese an einer umfassenden Lösung arbeiten, Gewicht beigemessen werden kann. Eine Tatsache ist, dass gemäss den eigenen Aussagen der USA die zu erwartende Folgelösung für die vorliegende Problematik weniger weit gehen wird, als die aktuelle Übergangslösung (und somit voraussichtlich weit entfernt von einer brauchbaren Gesamtlösung sein wird). Dem realen Risiko einer Verwendung dieses ohne Not neu geschaffenen Machtinstruments zu Lasten des schweizerischen Finanzplatzes steht aktuell kein angemessener Vorteil gegenüber.

### **3 Schlussbemerkung**

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unseres Anliegens im Rahmen der weiteren Arbeiten. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Versicherungsverband SVV

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Kurmann'.

**Sandra Kurmann**

Leiterin Ressort Rahmenbedingungen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Parison'.

**Andreas Parison**

Leiter Bereich Regulierung



SwissAccounting, Talacker 34, CH-8001 Zürich

Eidgenössisches  
Finanzdepartement EFD  
3003 Bern  
Mailadresse:  
loic.stranieri@sif.admin.ch

Zürich, 10. Juni 2025

## **Stellungnahme**

**Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1**

Sehr geehrte Damen,  
sehr geehrte Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 07. März 2025 zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens. Gerne nehmen wir die Möglichkeit zur Stellungnahme unter Einhaltung der Frist bis am 14. Juni 2025 wahr.

**SwissAccounting** vertritt als grösster Schweizer Verband für Accounting fast 10 000 Mitglieder aus der gesamten Schweiz. SwissAccounting ist in der Berufsbildung gemäss Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 13. Dezember 2002 die für das Finanz- und Rechnungswesen sowie Rechnungslegung und Controlling zuständige Organisation der Arbeitswelt. Der Verband besteht seit 1936 und ist unter anderem Mitträger der Prüfungen der beiden eidgenössisch anerkannten höheren Berufsbildungsabschlüsse in seinem Fachbereich. Expertinnen/Experten in Rechnungslegung und Controlling sowie Inhaberinnen/Inhaber des Fachausweises im Finanz- und Rechnungswesen sind heute in der schweizerischen Wirtschaft die anerkannten, hochqualifizierten Fachleute.

### **1. Grundsätzliche Unterstützung**

Wir begrüssen den Wechsel auf Modell 1. Er harmonisiert die Schweizer Praxis mit dem OECD-Standard für den automatischen Informationsaustausch, schafft echte Gegenseitigkeit mit den USA und trägt damit zur internationalen Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz bei. Gleichzeitig bleiben die im bisherigen Modell 2 ausgehandelten Ausnahmen (ausgenommene Konten, als FATCA-konform geltende Institute) erhalten, was Rechtssicherheit garantiert.

Besonders positiv hervorzuheben ist:

- *Administrative Vereinfachungen und Rechtssicherheit*  
Die künftige Rolle der ESTV als alleinige Anlaufstelle für die Finanzinstitute vereinfacht die Compliance-Prozesse erheblich. Mit dem Wegfall der Gruppenersuchen und der

Möglichkeit, bereits geprüfte Konten nicht nochmals zu qualifizieren, wird der administrative Aufwand merklich reduziert.

## 2. Kritische Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge

Obwohl die Vorlage insgesamt positiv zu bewerten ist, gibt es einige Punkte, die weiter optimiert werden sollten:

- **Umsetzungshorizont und IT-Vorbereitungen**  
Der vorgesehene Start des Informationsaustauschs ab Berichtsjahr 2027 (erster Austausch 2028) erscheint realistisch. Wir ersuchen den Bundesrat, die erforderlichen technischen Spezifikationen (XML-Schemas, Testplattformen) frühzeitig bereitzustellen, um den Instituten Planungssicherheit zu geben.
- **US-Steuer Nummer (US-TIN)**  
Die Beschaffung der US-TIN bleibt für bestimmte Bestandskonten schwierig. Wir begrüssen deshalb die bis 31. Dezember 2027 geltende Übergangsregel und bitten den Bundesrat, sich weiterhin für eine dauerhafte, pragmatische Lösung mit den US-Behörden einzusetzen.
- **Datenschutz und Vertraulichkeit**  
Der hohe Schutzstandard des DBA CH-USA wird explizit übernommen. Wir unterstützen die vorgesehenen organisatorischen Massnahmen (beschränkter Datenzugriff, Schulungspflichten) und ersuchen, die Kantone bei der Umsetzung eng zu begleiten, um einheitliche IT-Sicherheitsstandards zu gewährleisten.
- **Belastung kleiner Institute**  
Trotz der genannten Erleichterungen erfordert die Umstellung beträchtliche Ressourcen, insbesondere bei kleinen Finanzintermediären. Wir regen an, in der Verordnung Spielraum für proportional vereinfachte Verfahren (z. B. verlängerte Fristen oder «safe-harbour»-Schwellen) vorzusehen.

## 3. Fazit

Insgesamt unterstützen wir die Vorlage und erachten sie als wichtigen Schritt für einen effizienten, gegenseitigen Informationsaustausch mit den USA. Die erwähnten Punkte sollten jedoch berücksichtigt werden, um Praxistauglichkeit und Rechtssicherheit weiter zu erhöhen.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stehen für weitere Diskussionen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SwissAccounting



Prof. Dr. Dieter Pfaff  
Präsident SwissAccounting  
Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre,  
insb. Accounting, an der Universität Zürich



Susanne Grau  
Vizepräsidentin SwissAccounting  
lic. iur. UZH / dipl. Expertin in  
Rechnungslegung und Controlling



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Per Mail an: [vernehmlassungen@sif.admin.ch](mailto:vernehmlassungen@sif.admin.ch); [loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)

Bern, 12. Juni 2025

**Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit mit dem Schreiben vom 7. März 2025, zur rubrizierten Vorlage Stellung nehmen zu dürfen. Wir beschränken uns in unserer Stellungnahme auf die wesentlichsten Punkte.

- **Allgemein:** SwissHoldings begrüsst den Systemwechsel zum FATCA-Modell 1, lehnt jedoch die im Gesetzesentwurf vorgesehene Strafbarkeit bei fahrlässiger Verletzung von Melde- und Sorgfaltspflichten ab.
- **Strafbarkeit:** Erfahrungen aus der Geldwäschereibekämpfung zeigen, dass fahrlässige Strafnormen in der Praxis erhebliche rechtliche Unsicherheit und operative Schwierigkeiten verursachen können. Da die FATCA Umsetzung ein stark standardisiertes Massengeschäft darstellt, erscheinen strafrechtliche Konsequenzen bei Einzelfehlern als unverhältnismässig. Wir fordern deshalb, auf die in Artikel 28 Absatz 2 sowie in Artikel 29 Absatz 2 FATCA-Gesetz M1 vorgesehene Fahrlässigkeitsstrafbarkeit vollständig zu verzichten und diese beiden Absätze 2 je ersatzlos zu streichen.

Die Ausweitung der direkten Sanktionen für Unternehmen im Sinne von Artikel 31 FATCA-Gesetz M1 birgt das Risiko, dass Behörden zukünftig verstärkt Unternehmen direkt büssen und auf die Ermittlung des individuellen Täters verzichten. Artikel 31 FACTA-Gesetz M1 sieht zur Eindämmung dieses negativen Anreizes keinerlei



Schutzmechanismus vor und gewährt den Behörden einen erheblichen Ermessensspielraum. Wir lehnen eine verschuldensunabhängige Haftung der Unternehmen klar ab.

**Vorschlag für die entsprechenden Anträge:**

**Art. 28 Pflichtverletzungen FATCA-Gesetz M1:**

<sup>1</sup> Mit Busse bis zu 250 000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich folgende Pflichten verletzt:

- a. die Registrierungspflicht nach Artikel 4 Absatz 1;
- b. die Sorgfaltspflichten nach Artikel 5 Absatz 1;
- c. die Informationspflicht nach Artikel 8 Absatz 1
- d. die Meldepflichten nach Artikel 9 Absatz 1.

<sup>2</sup> ~~Wer fahrlässig handelt, wird mit Busse bis zu 100 000 Franken bestraft. In leichten Fällen sieht die zuständige Behörde von einer Strafverfolgung oder einer Bestrafung ab.~~

**Art 29 Verletzung der Auskunftspflicht gegenüber der ESTV FATCA-Gesetz M1:**

<sup>1</sup> Mit Busse bis zu 100 000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich die Auskunftspflicht der schweizerischen Finanzinstitute gegenüber der ESTV nach Artikel 20 Absatz 1 verletzt.

<sup>2</sup> ~~Wer fahrlässig handelt, wird mit Busse bis zu 50 000 Franken bestraft. In leichten Fällen sieht die zuständige Behörde von einer Strafverfolgung oder einer Bestrafung ab.~~

**Art 31 Widerhandlungen in Geschäftsbetrieben FATCA-Gesetz M1:**

~~Fällt eine Busse von höchstens 50 000 Franken in Betracht und würde die Ermittlung der nach Artikel 6 des Bundesgesetzes vom 22. März 1974<sup>18</sup> über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) straffbaren Personen Untersuchungsmassnahmen bedingen, die im Hinblick auf die angedrohte Strafe unverhältnismässig wären, so kann von einer Verfolgung dieser Personen abgesehen und an ihrer Stelle der Geschäftsbetrieb zur Bezahlung der Busse verurteilt werden (Art. 7 VStrR).~~

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei Fragen und für die Vertiefung der Themen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**SwissHoldings**  
Geschäftsstelle



Gabriel Rumo  
Direktor



Felix Küng  
Manager Recht

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
3003 Bern

Per E-Mail: [loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch))

Genf 13. Juni 2025

**Vernehmlassung:**

**Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1,  
Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und  
Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihre Einladung vom 7. März 2025, uns zum Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Erleichterung der Umsetzung des FATCA-Abkommens nach Modell 1, dem Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und dem Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 vernehmen lassen.

Zur Vorlage nimmt der VSV als Dachverband der Vermögensverwalter in der Schweiz innert Frist wie folgt Stellung:



## I. Umstellung des Abkommens vom Modell 2 zum Modell 1 wird begrüsst

Der VSV begrüsst ausdrücklich den Wechsel vom bisherigen Abkommen, das auf dem sogenannten «Modell 2» basiert, zu einem neuen Abkommen, das auf dem «Modell 1» basiert. Die allermeisten Staaten, namentlich diejenigen mit international wichtigen Finanzplätzen, unterhalten heute ein Abkommen mit den USA nach dem sogenannten «Modell 1» zur Umsetzung der Steuertransparenz nach dem US-amerikanischen Foreign Account Tax Compliance Act («FATCA»). Keiner dieser Staaten bzw. Finanzplätze hat mit diesem Modell Erfahrungen gemacht, die gegenüber dem «Modell 2» nachteilig wären. International gesehen dürfte das «Modell 2» ein Auslaufmodell sein.

Die materiellen Änderungen des Wechsels sind zwar für die Vermögensverwalter in der Schweiz mit nicht unerheblichen administrativen Arbeiten verbunden, namentlich werden sie sich gegenüber ihren Vertragspartnern im In- und Ausland neu zertifizieren müssen. Die Vorteile des neuen Abkommens, das gleichzeitig eine Konzentration des Meldewesens in den Händen der Eidgenössischen Steuerverwaltung mit sich bringt, überwiegen jedoch diese administrativen Nachteile.

Mit Ausnahme der teilweise sehr kurzen Übergangsfristen sind die übrigen administrativen Hürden des Modellwechsels verkräftbar.

Es wird eine wichtige Aufgabe der neuen schweizerischen Vollzugsbehörde, der Eidgenössischen Steuerverwaltung, sein, alle Akteure auf dem schweizerischen Finanzplatz durch sach- und adressatengerechte Information durch den Modellwechsel zu begleiten. Dies gilt auch für schweizerische Finanzinstitute, die nicht zum Kreis, der unter dem Abkommen nach dem Modell 1 meldepflichtigen Institute gehören, wie eben die Vermögensverwalter in der Schweiz, die keine Konten für ihre Kunden führen und keine Kundenvermögen in eigenem Namen halten.

Die Vorteile eines Wechsels zum «Modell 1» überwiegen auch den Umstand, dass die im neuen Abkommen vorgesehene Reziprozität eine Farce ist. Die Reziprozität gilt nur für Finanzkonten, die im Namen von natürlichen Personen bei US-amerikanischen Banken und Wertpapierhäusern geführt werden. Konten von Rechtsträgern sind ausgenommen. Ebenso fehlt es an der Reziprozität für alle anderen Typen von Finanzinstituten, namentlich die Investmentgesellschaften. Diese Ungleichheit des Abkommens ist schwer zu akzeptieren. Immerhin findet aber gegenüber dem Abkommen nach dem «Modell 2» eine geringfügige Verbesserung statt, weshalb dies von der Schweiz (vorläufig) zu akzeptieren ist.

## **II. Überschiessen des Notwendigen im Umsetzungsgesetz und der Umsetzungsverordnung**

### **A. Grundsätzliches**

Der VSV begrüsst im Grundsatz, dass für das neue FATCA-Abkommen nach dem «Modell 1» ein eigenständiges Bundesgesetz zur Umsetzung des Abkommens erlassen werden soll. Das alte FATCA-Gesetz soll parallel zum Abkommen nach dem «Modell 2» auslaufen. Namentlich begrüsst der VSV, dass so weit als möglich und sinnvoll auf begriffliche Konsistenz und Kohärenz mit dem auslaufenden Modell geachtet wurde.

Zudem wird begrüsst, dass die nach dem «Modell 2» konform durchgeführten Sorgfaltsprüfungen weiterhin Gültigkeit haben und nicht erneut durchgeführt werden müssen.

### **B. Überschiessende Strafbestimmungen**

Die in der Vernehmlassungsvorlage enthaltenen Strafbestimmungen überschiessen die rechtsdogmatisch zu rechtfertigenden Ziele massiv. Jeder noch so kleine technische Fehler bei der Dateneingabe oder -übermittlung wird durch Art. 28 Abs. 1 VE-FATCAG M1 mit hohen Bussen bedroht, ohne jede Rücksicht auf den Unrechtsgehalt der möglichen Straftaten. Jeder noch so kleine Verstoss gegen die teilweise sehr technischen, ja sogar geradezu spitzfindigen Sorgfaltspflichten, die im VE-FATCAVO M1 über mehrere Artikel näher definiert werden (und schliesslich in einer umfassenden, noch detailreicheren Wegleitung der Vollzugsbehörde dargestellt werden), soll in gleicher Weise bestraft werden, wie derjenige, der das Abkommen oder das Gesetz in fundamentaler Weise missachtet. Diese Strafbestimmungen sind in keiner Weise zu rechtfertigen. Es fehlt ihnen grundsätzlich an der Differenzierung nach dem jeweiligen Unrechtsgehalt.

Die Strafbestimmung in Art. 29 VE-FATCAG M1 höhlt das Selbstbelastungsverbot, insbesondere das Recht zu Schweigen des strafrechtlich Belasteten, vollständig aus und steht in eklatantem Widerspruch zur Bundesverfassung und zur EMRK.

Art. 32 VE-FATCAG M1 unterstellt auch rein passives Verhalten nicht dem Gesetz unterstehender Finanzinstitute unter Strafe. Dies ist durch nichts zu rechtfertigen. Es wird damit eine flächendeckende Strafbarkeit eines jeden Konsumenten von Finanzdienstleistungen statuiert (nicht nur U.S. Steuerpflichtige müssen eine Selbsterklärung abgeben!), der es unterlässt ihm, hinsichtlich ihrer Relevanz für die sehr technischen Selbsterklärungen gar nicht bekannte, Veränderungen in seinen Lebensumständen zu

melden. Damit werden hunderte, wenn nicht tausende Konsumenten von Finanzdienstleistungen in die Strafbarkeit geführt. Auch hier soll – völlig ungeachtet des Unrechtsgehalts von menschlichen Verhalten – eine völlig unsachgemässe Strafnorm eingeführt werden.

Entsprechend schlägt der VSV vor, dass

1. Nur das vorsätzliche vollständige Unterlassen gesetzlich vorgeschriebener Meldungen, das vorsätzliche Missachten der Registrierungspflicht mit Busse bis zu CHF 250'000 zu bestrafen sein sollen. Art. 28 Abs. 1 Bst. b und c VE-FATCAG M1 sind zu streichen. Der Wortlaut von Bst. d. ist wie folgt zu ändern: «die Meldepflichten nach Art. 9 Abs. 1 grundsätzlich oder in sehr schwer wiegender Weise missachtet.»
2. Abs. 2 von Art. 28 VE -FATCAG M1 ist ersatzlos zu streichen.
3. Art. 28 VE-FATCAG M1 ist durch folgenden Absatz zu ergänzen: «Wer Vorgaben zum Inhalt von Meldungen nach Art. 9 Abs. 1 vorsätzlich missachtet, oder die Sorgfaltspflichten nach Art. 5 Abs. 1 nicht oder ungenügend erfüllt, wird mit Busse bis zu 25'000 Franken bestraft.
4. Art. 29 VE-FATCAG M1 ist ersatzlos zu streichen.
5. Der Bussenrahmen in Art. 30 VE-FATCAG M1 ist auf CHF 25'000 zu reduzieren.
6. Art. 32 VE-FATCAG M1 ist ersatzlos zu streichen.

Abschliessend bedanken wir uns für die Möglichkeit zur Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Erleichterung der Umsetzung des FATCA-Abkommens nach Modell 1, dem Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und dem Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**Verband Schweizerischer  
Vermögensverwalter | VSV**

Patrick Dörner	Oliver Maas
Geschäftsführer	Mitglied der Geschäftsleitung

**Par e-mail**

([loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch))

Madame Karin Keller-Sutter  
Conseillère fédérale  
Département fédéral des finances  
Bernhof  
3003 Berne

Genève, le 12 juin 2025

**Consultation relative au changement de modèle FATCA**

Madame la Conseillère fédérale,

L'Association de Banques Privées Suisses (ABPS) a étudié avec attention le projet de nouvel accord FATCA de Modèle 1 ainsi que les projets de loi et d'ordonnance FATCA M1, publiés le 7 mars 2025. Nous remercions votre Département de nous avoir consultés à cette occasion et souhaitons par la présente vous transmettre notre avis sur les points les plus importants pour les banques privées. Nous soutenons au surplus la prise de position de l'Association Suisse des Banquiers.

**A) Commentaires généraux**

La Suisse a finalement conclu un accord FATCA de modèle 1, qui devrait remplacer celui de modèle 2 à partir du 1er janvier 2027. Les établissements financiers suisses enverront alors les données de tous leurs clients américains à l'AFC, qui les fera suivre à l'IRS, sans plus avoir à demander le consentement exprès des clients. Les Etats-Unis assureront une réciprocité assez limitée.

Les banques privées saluent ce changement de modèle de l'accord FATCA avec les Etats-Unis, même si elles déplorent que ceux-ci ne rejoignent pas le standard de l'OCDE. Le modèle 2 fonctionne à satisfaction et le plus important est que les banques suisses ne doivent pas recommencer tout le travail d'identification et de documentation qu'elles ont déjà effectué – ce qui est garanti par l'article 5 alinéa 2 de la loi FATCA M1. Il n'est cependant pas justifié de punir les infractions commises par négligence, aux articles 28 et 29 de cette loi. Enfin, certains aspects de l'article 8 doivent être améliorés.

La Suisse devrait aussi collaborer avec d'autres Etats ayant conclu un accord FATCA de modèle 1 pour motiver les Etats-Unis à trouver une solution pour que les établissements financiers ne s'exposent pas à la commission d'une infraction grave lorsqu'ils n'arrivent pas à obtenir le numéro d'identification fiscal américain d'une personne.





## **B) Commentaires spécifiques**

### Article 28 alinéa 2 et 29 alinéa 2 de la loi FATCA M1

L'application de FATCA, comme celle de l'échange automatique, est un mécanisme de masse qui a été codé dans l'infrastructure informatique des établissements financiers, qui est surveillée et auditée. Le droit pénal est disproportionné pour sanctionner de simples erreurs, qui en plus sont le plus souvent hors du champ d'influence des employés poursuivis (par opposition à une volonté délibérée de cacher quelque chose).

L'évaluation des faits lors de la mise en œuvre de FATCA peut être extrêmement complexe et il n'est pas improbable que, dans des cas difficiles, ceux-ci puissent être interprétés de plusieurs façons, ce qui ne doit pas être considéré ultérieurement comme une négligence. Les difficultés pratiques éventuelles à prouver l'intention ne doivent pas conduire à condamner par négligence, alors que celle-ci n'est pas répréhensible.

En outre, contrairement à l'échange automatique, l'application de FATCA n'est pas soumise à un examen par les pairs. Au contraire, le régime FATCA est basé sur sa matérialité, qui ne prévoit pas de dispositions relatives à la responsabilité pénale en cas de négligence. Nous ne voyons donc pas de raison objective de maintenir les dispositions pénales relatives à la négligence.

D'ailleurs, la sanction de la négligence a été supprimée par l'administration elle-même dans la loi sur la transparence des personnes morales (LTPM) et par le Conseil des Etats dans la révision en cours de la loi sur l'échange automatique (LEAR).

Enfin, l'ajout de la phrase « *Dans les cas de peu de gravité, l'autorité compétente renonce à le poursuivre ou à lui infliger une peine.* » n'apporte en fait aucun soulagement aux employés, car comment peuvent-ils savoir s'ils se trouvent dans un « *cas de peu de gravité* » ?

Pour les raisons susmentionnées, l'ABPS demande la suppression pure et simple des articles 28 alinéa 2 et 29 alinéa 2 de la loi FATCA M1. Ces cas seraient de toute façon le plus souvent couverts par l'article 31 de la loi, qui permet à la place de condamner l'entreprise.

### Article 8 de la loi FATCA M1

La date limite pour informer les personnes américaines spécifiées de la première transmission de renseignements les concernant a été fixée au 31 janvier, comme dans le standard de l'OCDE. Nous ne voyons cependant pas de raison objective à cela. D'une part, la déclaration pour FATCA a lieu le 30 juin de l'année concernée, ce qui offre un délai suffisant pour fixer le délai au 31 mars, par exemple. D'autre part, cette superposition des délais entraînerait une charge de travail opérationnelle évitable pour les établissements financiers. C'est pourquoi nous proposons, à l'article 8 alinéa 1 du projet de loi FATCA M1, de fixer le délai au 31 mars plutôt qu'au 31 janvier.



Le terme « personnes américaines spécifiées » est aussi utilisé à l'article 8 alinéa 2 du projet de loi FATCA M1. Toutefois, cette notion peut prêter à confusion dans certains cas, par exemple lorsque le titulaire d'un compte faisant l'objet d'une déclaration est une « NFFE passive ». Dans ce cas, le terme « personnes américaines spécifiées » pourrait désigner les « personnes de contrôle », qui ne sont pas les titulaires directs du compte. L'envoi d'une copie de la notification à ces personnes pourrait entraîner des problèmes juridiques et de protection des données qu'il convient d'éviter. L'OREF propose donc d'adapter le libellé de cet alinéa comme suit : « Les établissements financiers suisses rapporteurs adressent, sur demande, une copie de la déclaration *au titulaire du compte qui fait l'objet de la déclaration* ».

#### Numéros d'identification fiscaux américains

L'ABPS regrette que l'obligation de communication des numéros d'identification fiscaux américains (« US TIN »), qui s'étend à toutes les juridictions appliquant FATCA selon le modèle 1, n'ait pu être levée ou même allégée durant les négociations avec les Etats-Unis. En effet il arrive parfois, suivant les circonstances, que ces US TIN soient difficiles ou même impossibles à obtenir. Malheureusement, dans l'hypothèse où ils ne sont pas en possession de l'établissement financier, le système de transmission de l'accord FATCA rend impossible la transmission de la totalité des renseignements requis par les autorités américaines.

Les Etats-Unis sont apparemment conscients de ce problème, qui touche tous les pays appliquant le modèle 1, même s'ils font peu de choses pour y remédier. C'est d'autant plus dommageable que les contrevenants à l'obligation de transférer les US TIN s'exposent à la commission d'une infraction grave (« significant non-compliance », cf. art. 5 par. 2 du nouvel accord FATCA), à laquelle sont soumis tous les établissements financiers des juridictions relevant du modèle 1 de FATCA.

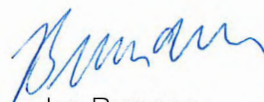
La Suisse devrait donc insister auprès des Etats-Unis afin d'accélérer l'émergence d'une solution à ce problème. Ce d'autant plus qu'il existe déjà une disposition transitoire permettant de corriger la non-transmission des TIN dans certaines circonstances. Notre pays devrait aussi tisser des liens avec d'autres Etats connaissant également le modèle 1 et confrontés au même problème pour obtenir des Etats-Unis cet assouplissement nécessaire. Ce n'est qu'une fois que ce type de disposition sera en place que les établissements financiers de notre pays pourront pleinement bénéficier des avantages procurés par le modèle 1.

\* \* \*

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre très haute considération.

ASSOCIATION DE  
BANQUES PRIVEES SUISSES

  
Jan Langlo  
Directeur

  
Jan Rumann  
Directeur adjoint



Madame la Conseillère fédérale  
Karin Keller-Sutter  
Département fédéral des finances DFF  
3003 Berne

Par courrier électronique :  
[loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)

Paudex, le 23 mai 2025  
JBR

**Consultation : accord entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique visant à faciliter la mise en œuvre du FATCA selon le modèle 1 (accord FATCA M1), projet de loi fédérale (loi FATCA M1) et d'ordonnance (O FATCA M1) sur l'application de cet accord**

Madame la Conseillère fédérale,

Nous avons pris connaissance avec intérêt du projet cité en titre, mis en consultation par vos services, et souhaitons par la présente vous communiquer nos remarques et commentaires.

## 1. Remarques générales

De manière globale le Centre Patronal se félicite de la signature entre la Suisse et les Etats-Unis d'un nouvel accord FATCA le 27 juin 2024 à Berne. Ce passage du modèle 2 (transmission directe des renseignements par les banques suisses aux autorités fiscales américaines) au modèle 1, qui prévoit un schéma comparable à l'échange automatique de renseignements (EAR, transmission de données par l'intermédiaire de l'Administration fédérale des contributions AFC) au 1er janvier 2027 est plutôt une bonne nouvelle pour la place financière suisse. De plus cet accord corrige un déséquilibre préexistant puisque les Etats-Unis vont désormais offrir la réciprocité en termes d'échanges de renseignements.

On peut même avancer que cette récente évolution n'a que trop tardé au vu du laps de temps depuis lequel la Suisse a rejoint le processus multilatéral d'échange de renseignements. Le modèle 2 de FATCA était dès lors devenu très largement dépassé. De plus cette évolution renforce la sécurité juridique des banques suisses qui ne seront plus en relation directe avec l'administration fiscale américaine puisque leur interlocuteur principal est désormais l'AFC. Enfin, les similitudes du modèle 1 avec l'EAR permettront de réaliser à la fois des simplifications dans les processus (comme la certification FATCA régulière) et des économies au regard des synergies probables avec l'EAR.

## 2. Remarques spécifiques et points d'attention

Le Centre Patronal regrette que l'obligation de communication des numéros d'identification fiscaux américains (US TIN), qui s'étend à toutes les juridictions appliquant FATCA selon le modèle 1, n'ait pu être levée ou même allégée durant les négociations avec les Etats-Unis. En effet il arrive parfois, suivant les circonstances, que ces numéros TIN soient difficiles ou même impossibles à obtenir. Malheureusement, dans l'hypothèse où ils ne sont pas en possession de la banque, le système de transmission de l'accord FATCA rend impossible la transmission de la totalité des renseignements requis par les autorités américaines.

Les Etats-Unis sont apparemment conscients de ce problème, qui touche tous les pays appliquant le modèle 1, même s'ils font peu de choses pour y remédier. C'est d'autant plus dommageable que les contrevenants à l'obligation de transférer les TIN s'exposent à la commission d'une infraction grave (« significant non-compliance », cf. chap. 4.1 [art. 5 par. 2]), à laquelle sont soumis tous les établissements financiers des juridictions relevant du modèle 1 de FATCA.

Il conviendra dès lors que la Suisse maintienne une certaine pression sur les Etats-Unis afin d'accélérer l'émergence d'une solution à ce problème. Ce d'autant plus qu'il existe déjà une disposition transitoire permettant de corriger la non-transmission des TIN dans certaines circonstances. A notre pays de cultiver ses liens avec d'autres Etats connaissant également le modèle 1 et confrontés au même problème pour obtenir des Etats-Unis cet assouplissement nécessaire. Ce n'est qu'une fois que ce type de disposition sera en place que les établissements financiers de notre pays pourront pleinement bénéficier des avantages procurés par le modèle 1.

Un autre point suscite une certaine inquiétude de notre part dans l'application de l'accord FATCA modèle 1 ; ainsi, dans la mesure où, selon le droit fiscal suisse, le libellé d'un paiement n'est pas déterminant pour son traitement fiscal, une requalification d'un paiement fait à un tiers ou à l'actionnaire en vertu de la théorie du triangle, du bénéficiaire effectif ou de la transposition pourrait être traité comme un dividende et sera requalifié comme tel également sous l'angle de FATCA. Si l'application de la théorie du triangle, largement conforme à la pratique étrangère en la matière, ne devrait pas poser de problèmes insurmontables, il en va tout autrement de la théorie du bénéficiaire effectif. En effet, dans la mesure où cette dernière est peu répandue à l'étranger et n'est pas appliquée en tant que telle par les Etats-Unis, les contribuables concernés risquent de se trouver devant un conflit de qualification rendant l'application de FATCA (tout comme celle de la convention de double imposition entre les deux pays) délicate sur le fond et épineuse sur la forme. En effet les deux pays n'interpréteront potentiellement pas de la même manière les règles d'attribution en lien avec cette qualification divergente. On peut dès lors imaginer des complications voire même des doubles impositions économiques résiduelles pour les contribuables concernés.

Nous vous remercions de l'attention que vous aurez prêtée à nos lignes et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

Centre Patronal

Jean-Blaise Roggen  
Jean-Blaise Roggen



Ordre Romand des Experts Fiscaux  
Rue de la Blancherie 2  
1950 Sion

Madame Karin Keller-Sutter  
Conseillère fédérale  
Département fédéral des finances  
Bernernhof  
3003 Berne

Par email :  
[loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)

Sion, le 13 juin 2025

#### **Consultation relative au changement de modèle FATCA**

Madame la Conseillère fédérale,

L'Ordre Romand des Experts Fiscaux Diplômés (OREF) est une association professionnelle suisse créée en 1985 et composée d'environ 250 membres, qui se distinguent par leur connaissance de la pratique fiscale et leur approche multidisciplinaire. L'OREF souhaite participer à la consultation ouverte le 7 mars 2025 à propos du nouvel accord FATCA de modèle 1 ainsi que des projets de loi et d'ordonnance FATCA M1 et vous prie de trouver ci-après ses principales remarques à propos de ceux-ci.

**La Suisse a finalement conclu un accord FATCA de modèle 1, qui devrait remplacer celui de modèle 2 à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2027. Les établissements financiers suisses enverront alors les données de tous leurs clients américains à l'AFC, qui les fera suivre à l'IRS, sans plus avoir à demander le consentement exprès des clients. Les Etats-Unis assureront une réciprocité assez limitée.**

**L'OREF voit dans ce changement de modèle de l'accord FATCA plutôt une bonne nouvelle, même si elle déplore que les Etats-Unis ne rejoignent pas simplement le standard de l'OCDE. Le modèle 2 fonctionne à satisfaction et le plus important est que les établissements financiers suisses ne doivent pas recommencer tout le travail d'identification et de documentation qu'ils ont déjà effectué – ce qui est garanti par l'article 5 alinéa 2 du projet de loi FATCA M1. Certains aspects de l'article 8 du projet de loi FATCA M1 peuvent cependant être améliorés. Il n'est par ailleurs pas justifié de continuer à punir les infractions commises par négligence, aux articles 28 et 29 de cette loi.**

**La Suisse devrait aussi collaborer avec d'autres Etats ayant conclu un accord FATCA de modèle 1 pour motiver les Etats-Unis à trouver une solution pour que les établissements financiers ne s'exposent pas à la commission d'une infraction grave lorsqu'ils n'arrivent pas à obtenir le numéro d'identification fiscal américain d'une personne.**

## Commentaires généraux

Alors que le système QI ne vise qu'à contrôler les réductions de l'impôt à la source américain, sans informer les pays de résidence des bénéficiaires de ces revenus américains, le « Foreign Account Tax Compliance Act » (FATCA) sert à connaître les comptes bancaires détenus à l'étranger par des contribuables américains. En échange, les Etats-Unis sont prêts à renseigner sur les comptes détenus directement par des résidents d'un autre Etat, sur leurs revenus de source américaine.

La Suisse a conclu en juin 2014 un accord FATCA de modèle 2 avec les Etats-Unis. Selon ce modèle, les clients américains peuvent s'opposer à la transmission de leurs données, mais celles-ci sont transmises plus tard en réponse à des demandes groupées des Etats-Unis. En outre, l'accord est non réciproque, de sorte que la Suisse ne reçoit aucune information.

Si la Suisse a conclu un accord FATCA de modèle 2, c'est parce qu'elle n'avait pas encore accepté à l'époque le principe d'un échange automatique des renseignements. En octobre 2014 déjà, le Conseil fédéral approuvait un mandat de négociation avec les Etats-Unis pour passer à un accord FATCA de Modèle 1. Ce n'est pourtant que le 27 juin 2024 que les deux pays ont signé ce nouvel accord.

Il est important de noter que le Congrès américain n'a pas besoin de ratifier cet accord, car il a déjà autorisé le Trésor à le signer. Le Parlement suisse, lui, doit le ratifier et de nouvelles loi et ordonnance d'application de FATCA font l'objet d'une consultation jusqu'au 14 juin 2025. Leur entrée en vigueur est prévue au 1er janvier 2027.

Pour l'OREF, l'essentiel est que le changement de modèle n'implique pas davantage de travail pour les établissements financiers. C'est pourquoi il est important qu'ils puissent garder le même numéro d'identification, se réenregistrer facilement sur le portail de l'IRS et surtout qu'ils n'aient pas de nouveau compte préexistant à redocumenter (selon l'Annexe I à l'accord, la date de référence pour la Suisse reste le 30 juin 2014).

Selon le modèle 1, les banques suisses enverront les données de leurs clients américains à l'AFC, qui les fera suivre à l'IRS, sans plus avoir à demander le consentement exprès des clients. La réciprocité américaine restera cependant limitée aux informations que les banques américaines doivent transmettre à l'IRS, pour l'instant les seuls revenus de source américaine soumis à un impôt à la source américain.

Par ailleurs, FATCA n'oblige pas les banques américaines à analyser les entités juridiques en transparence ; elles n'identifient d'ailleurs les ayants droits économiques que des comptes ouverts depuis le 11 mai 2018, et n'ont pas à le faire ni pour les entités américaines ni pour les trusts. A noter que le « Corporate Transparency Act », voté début 2021, devait forcer certaines sociétés américaines à identifier leurs bénéficiaires effectifs (contrôle d'au moins 25%), mais son application a été limitée par le Trésor américain aux seules sociétés étrangères enregistrées aux Etats-Unis.

Ainsi, alors que les Etats-Unis exigent que les banques suisses identifient toutes les « US Controlling Persons » des entités du monde entier, eux-mêmes ne transmettront aucune donnée sur les sociétés non suisses. Il serait donc bienvenu (même si cela est utopique en ce moment) que les Etats-Unis respectent leur engagement pour une meilleure réciprocité et adoptent aussi le standard de l'OCDE.

## **Numéros d'identification fiscaux américains**

L'OREF regrette que l'obligation de communication des numéros d'identification fiscaux américains (« US TIN »), qui s'étend à toutes les juridictions appliquant FATCA selon le modèle 1, n'ait pu être levée ou même allégée durant les négociations avec les Etats-Unis. En effet il arrive parfois, suivant les circonstances, que ces US TIN soient difficiles ou même impossibles à obtenir. Malheureusement, dans l'hypothèse où ils ne sont pas en possession de l'établissement financier, le système de transmission de l'accord FATCA rend impossible la transmission de la totalité des renseignements requis par les autorités américaines.

Les Etats-Unis sont apparemment conscients de ce problème, qui touche tous les pays appliquant le modèle 1, même s'ils font peu de choses pour y remédier. C'est d'autant plus dommageable que les contrevenants à l'obligation de transférer les US TIN s'exposent à la commission d'une infraction grave (« significant non-compliance », cf. art. 5 par. 2 du nouvel accord FATCA), à laquelle sont soumis tous les établissements financiers des juridictions relevant du modèle 1 de FATCA.

La Suisse devrait donc insister auprès des Etats-Unis afin d'accélérer l'émergence d'une solution à ce problème. Ce d'autant plus qu'il existe déjà une disposition transitoire permettant de corriger la non-transmission des TIN dans certaines circonstances. Notre pays devrait aussi tisser des liens avec d'autres Etats connaissant également le modèle 1 et confrontés au même problème pour obtenir des Etats-Unis cet assouplissement nécessaire. Ce n'est qu'une fois que ce type de disposition sera en place que les établissements financiers de notre pays pourront pleinement bénéficier des avantages procurés par le modèle 1.

## **Gérants de fortune indépendants**

Le rapport explicatif explique à propos de la mise en œuvre de l'accord FATCA de Modèle 1 (en haut de la p. 19) que les gérants de fortune indépendants « ont la possibilité », sous certaines conditions, de renoncer à leur enregistrement auprès de l'IRS. Dans ce contexte, le mot « possibilité » laisse penser que cela nécessite une démarche proactive de leur part, alors que tel n'est pas le cas. L'OREF propose ainsi de reformuler ainsi la dernière phrase du paragraphe relatif à l'art. 4 par. 4 de l'accord : « Toutefois, les gérants de fortune indépendants ne sont pas tenus de s'enregistrer s'ils se limitent à ... ». Cette confusion vient sans doute de l'accord FATCA actuel, qui traite les gérants de fortune indépendants de « Registered Deemed Compliant FFI ». A l'avenir, ceux-ci seront des « Certified Deemed Compliant FFI », comme dans les Final Regulations de l'IRS.

## **Article 8 de la loi FATCA M1**

La date limite pour informer les personnes américaines spécifiées de la première transmission de renseignements les concernant a été fixée au 31 janvier, comme dans le standard de l'OCDE. Nous ne voyons cependant pas de raison objective à cela. D'une part, la déclaration pour FATCA a lieu le 30 juin de l'année concernée, ce qui offre un délai suffisant pour fixer le délai au 31 mars, par exemple. D'autre

part, cette superposition des délais entraînerait une charge de travail opérationnelle évitable pour les établissements financiers. C'est pourquoi nous proposons, à l'article 8 alinéa 1 du projet de loi FATCA M1, de fixer le délai au 31 mars plutôt qu'au 31 janvier.

Le terme « personnes américaines spécifiées » est aussi utilisé à l'article 8 alinéa 2 du projet de loi FATCA M1. Toutefois, cette notion peut prêter à confusion dans certains cas, par exemple lorsque le titulaire d'un compte faisant l'objet d'une déclaration est une « NFFE passive ». Dans ce cas, le terme « personnes américaines spécifiées » pourrait désigner les « personnes de contrôle », qui ne sont pas les titulaires directs du compte. L'envoi d'une copie de la notification à ces personnes pourrait entraîner des problèmes juridiques et de protection des données qu'il convient d'éviter. L'OREF propose donc d'adapter le libellé de cet alinéa comme suit : « Les établissements financiers suisses rapporteurs adressent, sur demande, une copie de la déclaration *au titulaire du compte qui fait l'objet de la déclaration* ».

#### **Article 28 alinéa 2 et 29 alinéa 2 de la loi FATCA M1**

L'application de FATCA, comme celle de l'échange automatique, est un mécanisme de masse qui a été codé dans l'infrastructure informatique des établissements financiers, qui est surveillée et auditée. Le droit pénal est disproportionné pour sanctionner de simples erreurs, qui en plus sont le plus souvent hors du champ d'influence des employés poursuivis (par opposition à une volonté délibérée de cacher quelque chose).

L'évaluation des faits lors de la mise en œuvre de FATCA peut être extrêmement complexe et il n'est pas improbable que, dans des cas difficiles, ceux-ci puissent être interprétés de plusieurs façons, ce qui ne doit pas être considéré ultérieurement comme une négligence. Les difficultés pratiques éventuelles à prouver l'intention ne doivent pas conduire à condamner par négligence, alors que celle-ci n'est pas répréhensible.

En outre, contrairement à l'échange automatique, l'application de FATCA n'est pas soumise à un examen par les pairs. Au contraire, le régime FATCA est basé sur sa matérialité, qui ne prévoit pas de dispositions relatives à la responsabilité pénale en cas de négligence. Nous ne voyons donc pas de raison objective de maintenir les dispositions pénales relatives à la négligence.

D'ailleurs, la sanction de la négligence a été supprimée par l'administration elle-même dans la loi sur la transparence des personnes morales (LTPM) et par le Conseil des Etats dans la révision en cours de la loi sur l'échange automatique (LEAR).

Enfin, l'ajout de la disposition « *Dans les cas de peu de gravité, l'autorité compétente renonce à le poursuivre ou à lui infliger une peine.* » n'apporte en fait aucun soulagement aux employés dans la mesure où il est difficile de déterminer si le cas en question qualifie de « *cas de peu de gravité* ».

Pour les raisons susmentionnées, la suppression pure et simple des articles 28 alinéa 2 et 29 alinéa 2 du projet de loi FATCA M1 doit être considérée. Ces cas seraient de toute façon le plus souvent couverts par l'article 31 de la loi, qui permet à la place de condamner l'entreprise.


\* \* \*

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre très haute considération.

Ordre Romande des Experts Fiscaux



Marc Nicolet



Yi-Xin Tseng



# Schweizer Verband der Investmentgesellschaften (SVIG)

Grabenstrasse 25 · 6340 Baar · Tel. 041 768 11 05 · [info@svig.org](mailto:info@svig.org) · [www.svig.org](http://www.svig.org)

**Per E-Mail als PDF- und Word-Datei an**

[loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)

Baar, 12. Juni 2025

**Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 und Entwurf einer Verordnung über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1**  
***Stellungnahme Schweizer Verband der Investmentgesellschaften***

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen des am 7. März 2025 eröffneten Vernehmlassungsverfahrens zum oben genannten Geschäft lässt Ihnen der Schweizer Verband der Investmentgesellschaften (**SVIG**) namens seiner Mitglieder nachfolgende, vom Vorstand des SVIG verfasste Stellungnahme zukommen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung.

## **A. Vorbemerkungen**

Der SVIG ist ein im Handelsregister des Kantons Zug eingetragener Verband schweizerischen Rechts, welcher anfangs März 2004 gegründet worden ist und gemäss seiner statutarischen Zielsetzung die Interessen der in der Schweiz ansässigen oder tätigen Investment-, Beteiligungs- und Holdinggesellschaften wahrnimmt. Ihm gehören zurzeit die grosse Mehrheit der börsenkotierten und eine grössere Anzahl an nicht-börsenkotierten Investment- oder Beteiligungsgesellschaften sowie Vermögensverwaltungsgesellschaften von Investment- oder Beteiligungsgesellschaften an.

Der SVIG betreibt zudem eine eigene, durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) anerkannte Selbstregulierungsorganisation nach dem Bundesgesetz über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung, die SRO SVIG.

## **B. Allgemeine Bewertung der Vorlage**

Das bestehende FATCA-Abkommen zwischen der Schweiz und den USA, welches seit dem 2. Juni 2014 in Kraft ist, setzt FATCA nach dem sogenannten Modell 2 um. Der SVIG befürwortet grundsätzlich den mit der Vorlage geplanten Übergang zu Modell 1. Dieser Schritt ermöglicht den automatischen und gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und führt dazu, dass die innerstaatliche Umsetzung künftig an das bewährte System des automatischen Informationsaustauschs (**AIA**) mit anderen Staaten angelehnt ist. Der Modellwechsel fördert somit eine stärkere Anbindung an internationale Standards, stärkt den Schweizer Finanzplatz und ermöglicht mehr Transparenz und Gleichbehandlung im internationalen Steuerdatenaustausch. Weiter schafft er klare Zuständigkeiten und macht die Eidgenössische Steuerverwaltung (**ESTV**) zur zentralen Drehscheibe für den Informationsaustausch: Schweizer Finanzinstitute melden die relevanten Informationen künftig an die ESTV, welche diese an den Internal Revenue Service (**IRS**) weiterleitet. Dadurch werden auch Prozesse standardisiert, die Rechtssicherheit für Schweizer Finanzinstitute erhöht und administrative

Vereinfachungen für Institute, Behörden und betroffene Personen erreicht. Der Wegfall von Gruppenersuchen bringt zusätzliche Erleichterungen.

Obwohl der Modellwechsel für die betroffenen Finanzinstitute kurzfristig mit einem Anpassungsaufwand verbunden ist – insbesondere im Hinblick auf die Pflicht zur Neuregistrierung beim IRS, da keine Möglichkeit besteht, die Registrierung von Finanzinstituten automatisch zu übertragen, auf interne Meldeprozesse und Schulungen von Mitarbeitenden sowie auf die Kommunikation gegenüber Kundinnen und Kunden – überwiegen langfristig die Vorteile.

Nachfolgend wird näher auf jene Regelungen im Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1 (**FATCA-Abkommen M1**) und im Entwurf des Bundesgesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika nach Modell 1 (**FATCA-Gesetz M1**) eingegangen, welche vom SVIG als für seine Mitglieder relevant und grundsätzlich als begrüssenswert erachtet werden.

### **C. Relevante Punkte aus Sicht des SVIG**

1. Ausnahmen von der Registrierungspflicht (Art. 4 Abs. 2 FATCA-Gesetz M1 i.V.m. Anhang II Abs. I-IV FATCA-Abkommen M1)

#### *a.) Vorbemerkung*

Bei den Mitgliedern des SVIG handelt es sich vorwiegend um Investmentgesellschaften nach Art. 2 Abs. 3 Kollektivanlagegesetz (**KAG**), das heisst um schweizerische Aktiengesellschaften, die entweder an einer Schweizer Börse kotiert sind oder ausschliesslich qualifizierte Anlegerinnen und Anleger zulassen (**Investmentgesellschaften**).

Aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit gelten diese Investmentgesellschaften nach dem FATCA-Abkommen M1 als Investment-Unternehmen (vgl. Art. 1 Abs. 1 (j)) und damit grundsätzlich weiterhin als rapportierende schweizerische Finanzinstitute (vgl. Art. 1 Abs. 1 (o) i.V.m. Art. 1 Abs. 1 (q) i.V.m. Anhang II FATCA-Abkommen M1).

Im Anhang II des FATCA-Abkommens M1 (**Anhang II**) werden nichtrapportierende schweizerische Finanzinstitute aufgeführt, welche gemäss Art. 4 Abs. 2 FATCA-Gesetz M1 von der Registrierungspflicht beim IRS ausgenommen sind. Investmentgesellschaften nach Art. 2 Abs. 3 KAG können unter bestimmten Voraussetzungen unter diese Ausnahmeregelung fallen, was der SVIG grundsätzlich positiv wertet. Allerdings bedauert der SVIG, dass dies nicht auf alle Investmentgesellschaften nach Art. 2 Abs. 3 KAG zutreffen wird.

#### *b.) Anhang II Abs. II.B*

Anhang II Abs. II.B ermöglicht eine Ausnahme von der Registrierungspflicht für Investmentgesellschaften, die vollständig im Eigentum befreiter Nutzungsberechtigter stehen und deren Fremdkapitalgeber ebenfalls befreite Nutzungsberechtigte oder Depotbanken sind. In Bezug auf Investmentgesellschaften nach Art. 2 Abs. 3 KAG dürfte diese Konstellation in der Praxis nur selten vorliegen.

#### *c.) Anhang II Abs. IV.B*

In Anhang II Abs. IV.B wurde das aus den U.S. Treasury Regulations bereits bekannte Sponsoring-Konzept explizit im FATCA-Abkommen M1 verankert. Für Investmentgesellschaften, die in eine professionell verwaltete Struktur eingebunden sind, stellt dieses Modell eine praktikable Alternative zur individuellen Registrierung und Pflichterfüllung dar. Die bilaterale Anerkennung des Sponsoring-Ansatzes erhöht die Rechtssicherheit und vereinfacht die praktische Umsetzung, weshalb sie vom SVIG begrüsst wird, auch wenn die Alternative im Bereich des Sponsoring-Konzepts bereits jetzt angewendet werden kann.

d.) *Anhang II Abs. IV.C*

Gemäss Anhang II Abs. IV.C gelten auch gesponserte Anlagevehikel mit eingeschränktem Anlegerkreis als nichtrapportierende schweizerische Finanzinstitute, sofern alle erforderlichen Bedingungen erfüllt werden. Die Regelung kann auf bestimmte nicht-kotierte Investmentgesellschaften nach Art. 2 Abs. 3 KAG zutreffen, dürfte jedoch aufgrund der engen Voraussetzungen – insbesondere der Begrenzung auf maximal zwanzig Anleger – nur in wenigen Fällen von Bedeutung sein.

e.) *Anhang II Abs. IV.E*

Gemäss Anhang II Abs. IV.E gelten als nichtrapportierende schweizerische Finanzinstitute auch Investment-Unternehmen, welche als Kollektivanlagevehikel reguliert sind.

Unter dem AIA gelten nach Art. 2 Abs. 1 Bst. e. Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (**AIAV**) explizit auch an einer Schweizer Börse kotierte Investmentgesellschaften in Form von schweizerischen Aktiengesellschaften nach Artikel 2 Absatz 3 KAG als nicht meldende Finanzinstitute. Sie wiesen gemäss den Erläuterungen des Eidgenössischen Finanzdepartements (**EFD**) vom Januar 2021 zur Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIAV), S. 5, im Wesentlichen ähnliche Eigenschaften auf wie die dem KAG unterstellten kollektiven Kapitalanlagen. Sie seien zwar nicht dem KAG unterstellt, dafür aber dem Börsenrecht und damit der Aufsicht der Börse, womit insbesondere erhöhte Transparenzanforderungen einhergingen. Zudem fielen alle Investmentgesellschaften nach Absatz 1 unter Artikel 2 Absatz 3 des Geldwäschereigesetzes vom 10. Oktober 1997 (**GwG**) und müssten sich einer Selbstregulierungsorganisation im Sinne von Artikel 24 GwG anschliessen oder bei der FINMA um eine Bewilligung ersuchen. Insgesamt sei damit eine adäquate Regulierung im Sinne des anwendbaren Abkommens sichergestellt. Schlussendlich wird in diesen Erläuterungen (S. 5) explizit festgehalten, dass die Qualifikation als nicht meldendes Finanzinstitut im Resultat der Regelung entspreche, die Anhang II Absatz IV.E der FATCA-Musterabkommen nach Modell 1 und 2 vorsieht, welche auch die Schweiz im Rahmen des Wechsels zu einem Modell-1-Abkommen bzw. der vorgesehenen Anpassung von Anhang II des geltenden FATCA-Abkommens an das Musterabkommen übernehmen wolle.

Da der Wortlaut von Anhang II Abs. IV.E des nun ausgehandelten FATCA-Abkommens M1 dem Wortlaut des damaligen FATCA-Musterabkommens entspricht, geht der SVIG davon aus, dass die in den Erläuterungen des EFD gemachten Ausführungen Geltung erlangen, und begrüsst es deshalb, dass damit börsenkotierte Investmentgesellschaften grundsätzlich als nichtrapportierende schweizerische Finanzinstitute nach Anhang II Abs. IV.E. gelten. Im Sinne der absoluten Klarheit wäre jedoch eine Wiederholung dieser Erläuterungen in den aktuellen Materialien zum neuen FATCA-Abkommen M1 für den SVIG wünschenswert, insbesondere da nicht jeder FATCA-Betroffene auch jegliche Materialien zum AIA konsultieren wird.

2. Erleichterungen bei der Pflichterfüllung (Art. 6 FATCA-Gesetz M1)

Nach dem Gesagten gelten die nicht-börsenkotierten Investmentgesellschaften nach Art. 2 Abs. 3 KAG gemäss FATCA-Abkommen M1 in der Regel weiterhin als registrierungspflichtige rapportierende schweizerische Finanzinstitute. Diese müssen die Sorgfaltspflichten nach Anhang I des FATCA-Abkommens M1 erfüllen (Art. 5 FATCA-Gesetz M1). Börsenkotierte Investmentgesellschaften nach Art. 2 Abs. 3 KAG gelten jedoch gemäss FATCA-Abkommen M1 in der Regel als nichtrapportierende schweizerische Finanzinstitute, welche damit keine Sorgfaltspflichten erfüllen müssen.

In diesem Zusammenhang ist aus Sicht des SVIG begrüssenswert, dass Art. 6 des FATCA-Gesetzes M1 den rapportierenden schweizerischen Finanzinstituten einen gewissen Spielraum bei der Erfüllung ihrer Pflichten einräumt. Insbesondere entspricht die Möglichkeit gemäss lit. a, Drittanbieter für die Erfüllung der Sorgfalts- und Meldepflichten beizuziehen, der Praxis vieler nicht-börsenkotierter Investmentgesellschaften, die auf externe FATCA-Dienstleister oder Verwaltungsgesellschaften zurückgreifen. Ebenso stellt die Option gemäss lit. b, die für Konten mit hohem Wert vorgesehenen Sorgfaltspflichten auch auf Konten mit niedrigerem Wert freiwillig anzuwenden, eine pragmatische Vereinfachung dar, insbesondere für Institute, die ihre internen Compliance-Prozesse vereinheitlichen möchten. Diese Flexibilität trägt zu einer effizienten und kostengünstigen Umsetzung bei.

### 3. Technische Umsetzung

In Bezug auf die technische Umsetzung regt der SVIG an, diese möglichst analog zum AIA auszugestalten. Eine einheitliche Schnittstelle, etwa über das bestehende ePortal, würde den administrativen Aufwand für die Institute erheblich reduzieren und die Integration in bestehende Prozesse erleichtern.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

  
Alexander Vogel  
Sekretär des Vorstandes

  
Reto Luthiger  
Geschäftsführer

**Von:** [Tyko Strassen](#)  
**An:** [SIF-Info](#); [Stranieri Loïc SIF](#)  
**Betreff:** Fehlende Begriffsdefinition von «FFI» (alleinstehend oder in Verbindung – abgesehen von «FFI-Vertrag») im FATCA-Abkommen zur Vernehmlassung  
**Datum:** Mittwoch, 12. März 2025 20:02:49

---

Liebes SIF  
Sehr geehrter Herr Stranieri

Auf Ihrer Webseite «Bundesrat eröffnet Vernehmlassung für den Wechsel des FATCA-Modells» vom 07.03.2025 (Link: <https://www.efd.admin.ch/de/nsb?id=104413>) lässt sich unten im Anhang «Dokumente» das neue FATCA-Abkommen für ab ca. 2017 als «Abkommen» runterladen (Link: <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/92200.pdf>).

Zuerst einmal ein riesengrosses Kompliment: Im Vergleich zur aktuellen Fassung des FATCA-Abkommens – die ein so schreckliches Chrüsimüsi ist, dass meine Laune nach spätestens einer halbe Stunde unten im Keller ist (ich weiss: nicht Ihr Fehler!) – liest sich die vorgesehene Fassung wie eine Wohltat.

Eine Sache liesse sich allenfalls noch verbessern:

In «Artikel 1 — Begriffsbestimmungen» ist unter nn) «FFI-Vertrag» definiert.

«FFI-Vertrag» und «FFI-Vertrags» kommen denn auch 16x im Text vor (Definition nicht mitgezählt).

(1/2) Das «FFI» kommt aber auch alleine im Text vor, nämlich 4x auf Seite 18 im Abschnitt «4. Vorbehaltlich der Behandlung von nicht zustimmenden ...» im zweiten Satz: (Suche nach der Zeichenkette 'FFI,')

«Ein Schweizer Finanzinstitut, das unter das Abkommen von 2013 fällt und das in Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Anhang I des Abkommens von 2013 und in Übereinstimmung mit dem FFI-Abkommen vor Inkrafttreten dieses Abkommens einen Kontoinhaber als US-Bürger oder Gebietsansässigen, als spezifizierte US-Person, als passives NFFE (wie in Anhang I definiert) mit einer oder mehreren beherrschenden Personen, die eine spezifizierte US-Person ist, identifiziert hat, ein Schweizer Finanzinstitut oder ein anderes Partner-Jurisdiktion- Finanzinstitut, ein teilnehmendes FFI, ein deemed-compliant FFI, ein aktiver wirtschaftlicher Berechtigter, ein aktives NFFE (wie in Anhang I definiert) oder ein passives NFFE (wie in Anhang I definiert). US-Person, ein Schweizer Finanzinstitut oder ein anderes Finanzinstitut aus einer Partner-Jurisdiktion, ein teilnehmendes FFI, ein als konform erachtetes FFI, ein befreiter wirtschaftlicher Berechtigter, ein aktives NFFE (wie in Anhang I definiert) oder ein nicht teilnehmendes Finanzinstitut kann sich für die Zwecke der in diesem Abkommen beschriebenen Anforderungen weiterhin auf diese vorherige Identifizierung berufen.»

(2/2) Und das «FFI» kommt 1x als Verbindung «FFI-Abkommen» und 6x als Verbindung «FFI-Liste» im Text vor.

Das bedeutet, dass folgende drei Begriffe nicht deklariert sind:

- «FFI» (alleinstehend)
- «FFI-Abkommen»
- «FFI-Liste»

Daher:

Vielleicht wäre es sinnvoll, auch die Begriffe «FFI» (alleinstehend) + «FFI-Abkommen» + «FFI-Liste» in «Artikel 1 — Begriffsbestimmungen» aufzunehmen.

Mir ist weiter aufgefallen, dass der oben in (1/2) zitierten Satz folgende Zeichenkette enthält: «[...] ein passives NFFE (wie in Anhang I definiert). US-Person, ein Schweizer Finanzinstitut oder [...]»

Bin das nur ich, oder ergibt das mit dem Punkt vor «US-Person» in «[...] definiert). US-Person, [...]» keinen Sinn?

Zuletzt ein Vorschlag zur Aufzählung der Begriffe in «Artikel 1 — Begriffsbestimmungen»: Wäre es nicht zweckmässiger, anstelle von a) b) c) ... z) aa) ... nn) gleich die Begriffe selbst als Aufzählungszeichen zu

verwenden? Mich dünkt, das zu ändern wäre ein minimaler Aufwand, da die Begriffe bereits in «...» stehen. Ist aber nicht mehr als eine Idee – ich bin kein Legist.

Wäre es Ihnen möglich, mir den Eingang (nur den Eingang!) dieser E-Mail zu bestätigen, damit ich die Sicherheit habe, dass diese Mitteilung angekommen ist?

Besten Dank und freundliche Grüsse

Tyko Strassen

<https://tyko.strassen.ch/>

**Eidgenössisches Finanzdepartement**

Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen

Per E-Mail:

[loic.stranieri@sif.admin.ch](mailto:loic.stranieri@sif.admin.ch)

Bern, 5. Mai 2025

**Stellungnahme zum Bundesgesetz über die Umsetzung des FATCA-  
Abkommens nach Modell 1 (FATCA-Gesetz M1)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Auslandschweizer-Organisation (ASO), SwissCommunity, ist eine private Stiftung, welche die Interessen der rund 823'000 Auslandschweizer:innen vertritt und sich in diesem Zusammenhang auch dafür einsetzt, dass den Auslandschweizer:innen der Zugang zu Schweizer Finanzdienstleistungen ermöglicht wird.

Die vorliegende Vorlage betrifft insbesondere auch die über 80'000 in den USA lebenden Auslandschweizer:innen, welche aufgrund ihres Wohnsitzes in den USA von den Schweizer Finanzinstituten in der Schweiz als US-Kunden eingestuft werden müssen. Auch wenn sich die Situation leicht verbessert hat, haben gerade Auslandschweizer:innen mit Wohnsitz in den USA immer noch grosse Schwierigkeiten, ein Bankkonto in der Schweiz zu unterhalten oder zu eröffnen. Oft sind sie aber darauf angewiesen, ein Konto in der Schweiz zu haben, etwa für die Auszahlung einer Schweizer Rente, oder um Hypotheken und Transaktionen im Zusammenhang mit einer Liegenschaft abzudecken. Die ASO setzt sich daher dafür ein, dass die Auslandschweizer:innen Bankbeziehungen zu erschwinglichen Tarifen und ohne Mindestvermögen eröffnen und unterhalten können.

Die durch das Bundesgesetz über die Umsetzung des FATCA-Abkommens nach Modell 1 vorgesehenen Änderungen würden zwar vorübergehend zu weiteren Anpassungskosten beim Bund und den Finanzdienstleistungsinstituten führen, dürften jedoch längerfristig insbesondere bei den Finanzdienstleistern zu Kosteneinsparungen führen. Im Gegensatz zum heutigen Modell sollen nämlich mit der Umsetzung des FATCA-Gesetzes M1 nicht mehr die einzelnen Banken für die Übermittlung der Daten an die US-Steuerbehörden zuständig sein, sondern die Steuerbehörden. Durch die Übertragung der Verantwortung der Datenlieferung an die ESTV dürfte einerseits die Komplexität des Informationsaustauschs für die einzelnen Banken verringert werden. Andererseits dürften auch die Compliance-Risiken geringer ausfallen, da eine klarere Struktur vorgegeben wird und die Rechtssicherheit zunimmt.

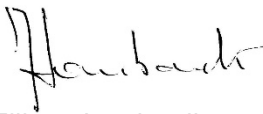




***In der Hoffnung, dass sich mit dem zur Vernehmlassung gebrachten Umsetzungsgesetz die Risiken der Finanzinstitute und dadurch auch die Vorbehalte der Schweizer Finanzinstitute in Bezug auf Auslandschweizer:innen mit US-Bezug verringern, begrüsst die ASO dieses Gesetz und wünscht sich eine möglichst rasche Umsetzung.***

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und stehen für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Filippo Lombardi".

Filippo Lombardi  
Präsident

A handwritten signature in blue ink, which appears to read "L. Weber".

Dr. Lukas Weber  
Direktor



Frau Bundespräsidentin  
Karin Keller-Sutter  
Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements  
Bundesgasse 3  
3011 Bern

Ausschliesslich per E-Mail eingereicht an: loic.stranieri@sif.admin.ch

Zürich, 13. Juni 2025

### **Stellungnahme zur Vernehmlassung für den Wechsel des FATCA-Modells**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die am 7. März 2025 eröffnete Vernehmlassung zum Wechsel des FATCA-Modells. Gerne nehmen wir die Gelegenheit zur Stellungnahme wahr. Mit diesem Schreiben möchten wir Ihnen für die Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken zentrale Punkte darlegen. Wir unterstützen zudem die Stellungnahme der Schweizerischen Bankiersvereinigung (SBVg).

Die Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken (VAV) mit 23 Mitgliedsbanken, über 20'000 Mitarbeitenden und rund CHF 1'200 Mrd. verwalteten Vermögen begrüsst und unterstützt grundsätzlich die Änderung des FATCA-Modells. Das neue Modell verbessert die gegenseitige Transparenz und Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika und befreit die Institute insbesondere von der Verpflichtung, direkt an die amerikanischen Behörden zu rapportieren. Dies sollte zu einem verbesserten Level Playing Field beitragen. Jedoch schafft die Strafe für Fahrlässigkeit Rechtsunsicherheit und schmälert unnötigerweise die Wirksamkeit des Gesetzes. Die VAV lehnt diese Bestimmung daher ab und fordert ihre ersatzlose Streichung.

Die Einführung von Strafbestimmungen für Fahrlässigkeit im Rahmen der FATCA-Umsetzung würde die Rechtsunsicherheit erhöhen und die Wirksamkeit des Gesetzes beeinträchtigen. Die Beurteilung der Sachverhalte bei der Umsetzung des FATCA kann sehr komplex sein. Die Auslegung der entsprechenden Vorschriften erfordert Personal mit hochspezialisierten Kenntnissen. Dabei ist es denkbar, dass Sachverhalte unterschiedlich beurteilt werden können. Zudem wäre eine strafrechtliche Verfolgung von Mitarbeitenden in einem Umfeld, in dem Tätigkeiten standardisiert und in grossen Volumen zu bearbeiten sind, stossend und unangemessen. Dies gilt umso mehr, als die FATCA-Regelung auf dem Grundsatz der Materialität beruht, der eine solche Strafbarkeit nicht vorsieht. Wir sehen daher keinen objektiven Grund, die Strafbestimmungen für Fahrlässigkeit beizubehalten.

**Aus diesen Gründen fordert die VAV die vollständige Streichung von Artikel 28 Absatz 2 und Artikel 29 Absatz 2 der VE-FATCAG.**

Für die Kenntnisnahme und wohlwollende Prüfung unserer Ausführungen bedanken wir uns und stehen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

sig. Jörg Schudel

sig. Dr. Manuel Rybach

Vorsitzender Steuerexpertengruppe

Geschäftsführer